

# NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 4

August 1968

4. Jahrgang

## Niederschrift über den Vertretertag 1968 der Vereinigung der höheren Postbeamten vom 20. bis 23. Mai 1968 in Regensburg

OPBR Dipl.-Ing. Peters, Regensburg



1 Der 1. Vorsitzende Pr Dr. Wiesemeyer eröffnet den Vertretertag 1968, begrüßt die Tagungsteilnehmer und Gäste und dankt dem Herrn Pr der OPD Regensburg, Dr. Kleber, für die gastliche Aufnahme in dem historischen Herzogssaal.

Er teilt mit, daß erwartet werden der Herr BpMin Dr. Dollinger, Herr StS Dr.-Ing. Pausch, Herr MinDir Schneider sowie die Herren MinR Wolf, Dr. Kaiser, Schumacher und Stroh.

Pr Dr. Wiesemeyer verweist zunächst auf die Schreiben, die die Vereinigung an das BPM und an die im Innen- und Haushaltsausschuß des Bundestages tätigen Abgeordneten und an das Innenministerium gerichtet hat. Ein Abdruck dieser Schreiben sowie Abschrift eines Schriftwechsels zwischen BpMin und der Vereinigung, insbesondere über die Besetzung der Spitzenstellen des höheren Dienstes, wird jedem Bezirksverein übergeben.

Pr Dr. Wiesemeyer gibt Kenntnis von einem Schreiben von Herrn MinDir Schneider, in dem dieser zur Frage der Beförderung der Aufstiegsbeamten zu OPR Stellung nimmt. Danach sollen für Aufstiegsbeamte gemäß dem 1. Besoldungsneuregelungsgesetz auch Wartezeiten festgesetzt werden, die der Durchschnittswartezeit eines Laufbahnbeamten entsprechen.

Pr Dr. Wiesemeyer berichtet sodann über die Arbeit des Hauptvorstandes seit dem letzten Vertretertag im April 1967 in Hamburg. Die Arbeit wurde der Satzung der Vereinigung gemäß durch folgende fünf Punkte bestimmt:

1. Behandlung wissenschaftlicher Fragen
2. Behandlung von Berufsangelegenheiten
3. Pflege der Auslandsbeziehungen
4. Beratung der Mitglieder
5. Pflege der Geselligkeit

Dem Thema Behandlung grundsätzlicher Fachfragen, wissenschaftlicher Fragen, wurde nach Auffassung des Hauptvorstandes bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Von den 45 eingegangenen Anträgen befaßt sich kein einziger mit derartigen Fragen. Wenn es auch verständlich sei, daß die berufspolitischen Fragen gegenwärtig mehr bewegen würden, so sollte

dennoch den wissenschaftlichen Aufgaben der Vereinigung durch Aufsätze im Nachrichtenblatt, für dessen beachtlichen Aufschwung VPr a. D. Dipl.-Ing. Harder sehr zu danken sei, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dies sei um so wichtiger, als die Vereinigungen des gehobenen Dienstes allen Fachfragen bei Tagungen und Veröffentlichungen breiten Raum gewähren. Es sei auch eine Forderung der praktischen Berufspolitik, daß sich die höheren Beamten zu Fachfragen äußern.

Die Pflege internationaler Beziehungen gewinne immer mehr an Bedeutung. Es werde darüber in besonderen Referaten berichtet werden.

Die Aufträge des letzten Vertretertages an den Hauptvorstand konnten alle aufgearbeitet werden. Zur Frage der Lehrvergütung der höheren Beamten liegt eine Stellungnahme des BPM vor. Über Fragen der Fortbildung des höheren Dienstes bestehe beim BPM eine klare Konzeption.

Größte Sorge bereite der Vereinigung das zur Zeit im Bundestag zur Beratung anstehende 2. Besoldungsneuregelungsgesetz. Die Wartezeit von 9 Jahren bis zur ersten Beförderung sei ungleich länger als bei den anderen Besoldungsgruppen. Dies werde als untragbar und ungerecht angesehen. Auch die Gewerkschaften erkennen dieses Mißverhältnis und bemühen sich, hier ebenfalls Abhilfe zu schaffen. Das Verständnis, das dem höheren Dienst entgegengebracht werde, sei erfreulich. Die weiteren Verhandlungen lassen ein günstiges Ergebnis erhoffen.

Pr Dr. Wiesemeyer bedankt sich dann noch besonders für die wertvolle und tatkräftige Mitarbeit in den Besoldungsfragen bei Herrn OPDir Dr. Besold und Frau OPRn Leithäuser.

Leider könne Dr. Besold aus Krankheitsgründen an der Arbeitstagung nicht teilnehmen.

Die Verbindung zu den übrigen Verbänden des höheren Dienstes sei nützlich und lasse erkennen, daß der Zusammenschluß notwendig sei, da im Interessenstreit der Meinungen nur ein größerer Verband Ziele und Wünsche durchsetzen kann.

Es müsse immer unser Bestreben sein, zu allen berufspolitischen Fragen, die uns bewegen, nicht nur in erster Linie Kontrastellung zum BPM einzunehmen,



## Inhalt

OPBR Dipl.-Ing. Peters

Niederschrift über den Vertretertag 1968  
der Vereinigung der höheren Postbeamten 81

Diskussionsbeitrag des  
Herrn Bundesminister für das Post- und  
Fernmeldewesen Dr. Dollinger 87

Prof. Dr. iur. Franz Mayer  
Der Universitätsgedanke in Regensburg 94

OPDir E. Schilly  
FEFAS-Tätigkeitsbericht  
für den Vertretertag 1968 Regensburg 100

OPDir Dipl.-Ing. Julius Böwering  
Bericht über die Arbeit in der FITCE 103

Mitteilungen der FITCE 106

Otto Besold in memoriam 108

Otto Müller  
Warum fahren wir nach Griechenland? 111

Einsendeschluß für Beiträge jeweils 4 Wochen vor dem  
Erscheinungstermin.

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,  
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon (05 31) 2 24 95 / 96.

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,  
Nürnberg.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,  
205 Hamburg 80, Häußlerstr. 47, Fernsprecher 7 38 54 34

Einzelheft: für Mitglieder —,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Anzeigenverwaltung: ACO Verlags- und Druck-GmbH,  
Braunschweig.

Anzeigenpreisliste 1 — Familienanzeigen dreigespalten,  
Spaltenbreite 52 mm. Grundpreis mm = 0,75 DM.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,  
Postscheckkonto Hamburg 2008 88,

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig,  
Postfach 975.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche  
Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der  
Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses aus-  
drücklich erwähnt.

sondern vielmehr alles daran zu setzen, gemeinsam  
eine vernünftige Regelung zu finden.

Punkt 4 Beratung der Mitglieder und 5 Pflege der  
Geselligkeit sind Aufgaben der Bezirksvereine und  
werden nicht besonders behandelt. Jedoch seien die  
von Herrn OPDir Dr. Keßler (Hamburg) ausgerichteten  
Reisen lobend zu erwähnen.

### Bericht des Kassenwartes

APr a. D. Dipl.-Ing. Peek gibt einen Überblick über die  
Einnahmen und Ausgaben vom 13. April 1967 bis zum  
14. Mai 1968.

### 2 Bericht des Kassenprüfers

OPDir Gaede berichtet, die Kassenprüfung habe die  
ordnungsgemäße Führung der Kasse ergeben. Die  
Kassenlage sei gut und gefestigt. Die rückständigen  
Beitragszahlungen der Bezirksvereine seien relativ  
gering.

### 3 Entlastung des Vorstandes

VPr a. D. von Ehren übernimmt den Vorsitz. Nachdem  
er dem gesamten Vorstand Dank und Anerkennung  
für seine geleistete Arbeit ausgesprochen hat, wird  
dem Vorstand einschließlich des Kassenwartes, mit  
einer Stimmenthaltung, Entlastung erteilt.

Zum Bericht des Vorstandes regt OPDir Schütt (Darm-  
stadt) an, in Zukunft den Bezirksvereinen vorher schon  
die wichtigen Fragen, mit denen sich der Haupt-  
vorstand zu befassen hatte — wie etwa die Frage der  
Spitzenstellung im höheren Dienst — mitzuteilen.  
Pr Dr. Wiesemeyer erklärt hierzu, dies sei eine Frage  
der praktischen Bearbeitung. Da die Vereinigung kein  
Schreibbüro habe, seien die anstehenden Fragen von  
Nürnberg aus mit dem BPM behandelt worden.

### 4 Wahl des Vorstandes

Pr Dr. Wiesemeyer bittet, wegen Arbeitsüberlastung  
nicht mehr zum 1. Vorsitzenden gewählt zu werden.  
Er schlägt vor, für dieses Amt dieses Mal einen Dipl.-  
Ing. zu wählen. Der 1. und 2. Vorsitzende sollen nach  
Möglichkeit einen unmittelbaren Kontakt mit dem  
BPM haben, um fruchtbare Arbeit leisten zu können.  
Die Spitze soll daher ihren Sitz möglichst im Raum  
Bonn haben.

Nach Aussprache wird die Wahl zunächst vertagt.  
In ihren Ämtern werden bestätigt:

Als Geschäftsführer OPDir Dipl.-Kaufmann Beck

Als Kassenwart APr a. D. Dipl.-Ing. Peek

Durch Akklamation werden die Beisitzer

Dr.-Ing. Schnittger

OPRn Leithäuser

Pr a. D. Fenge bestätigt.

OPDir Dr. Besold scheidet auf eigenen Wunsch wegen  
Krankheit aus.

OPDir Schütt (Darmstadt) schlägt vor, die Vertreter  
von FITCE und FEFAS neu in den Hauptvorstand auf-  
zunehmen.

Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich OPR  
Blöchle (Stuttgart), OPDir Dr. Henschel (Frankfurt),  
OPDir Schütt (Darmstadt), Pr a. D. Dr. Fenge (Darm-  
stadt), OPDir Dr. Keßler (Hamburg), APr Dipl.-Ing.  
Orth (Düsseldorf) beteiligten, wird das Für und Wider  
einer Erhöhung der Zahl der Hauptvorstandsmitglieder  
erörtert. Pr Dr. Wiesemeyer stellt den Antrag, der Ver-





**SIEMENS**

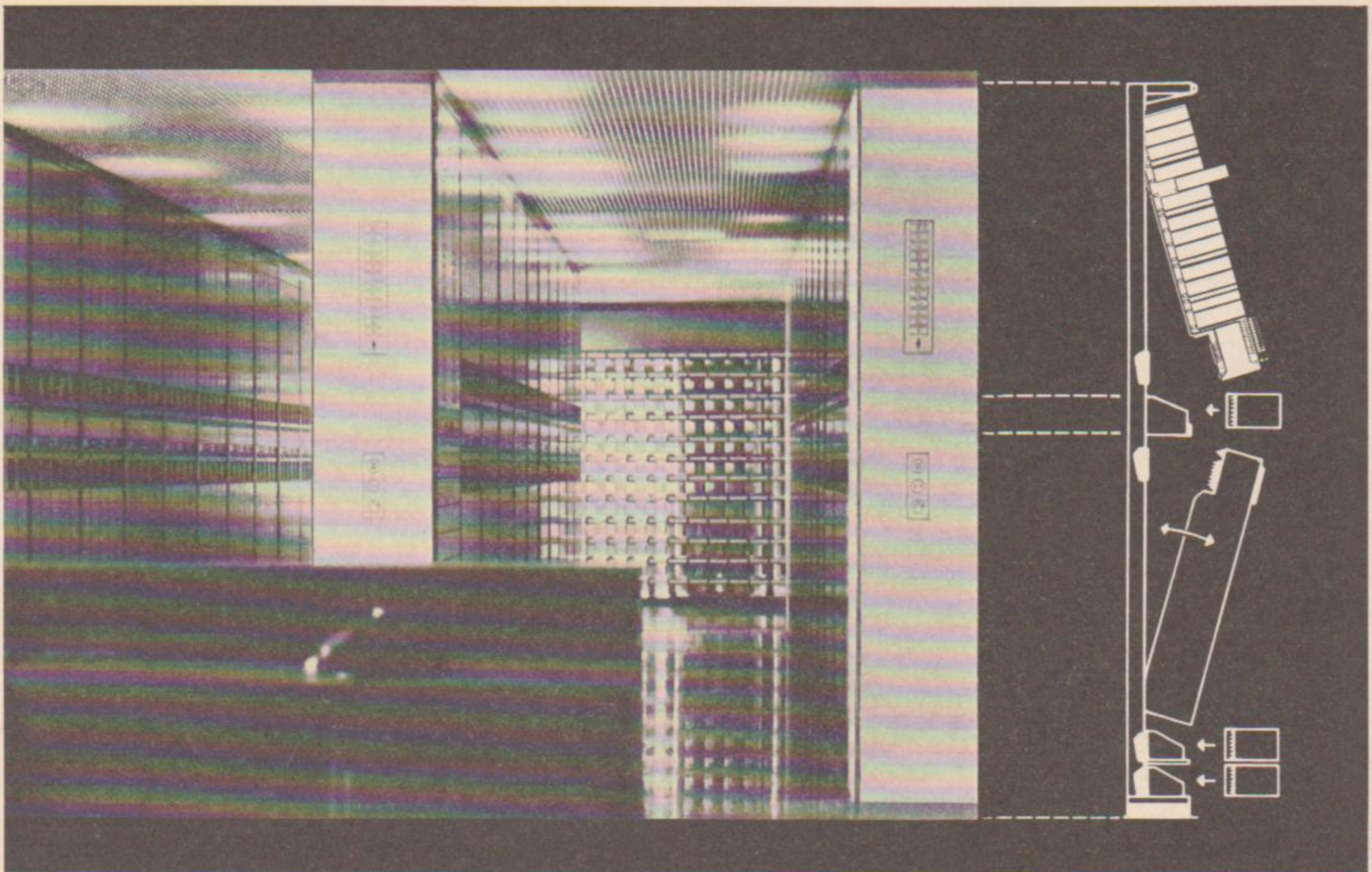
Thema: Nachrichten-Weitverkehr

# Steckeinschub Vertikaleinsatz Verdrahtungsfreies Gestell Flächenkabelrost

- Diese Bauweise bietet in Trägerfrequenzämtern und Richtfunkstationen u. a. die Vorteile:
- Große Freiheit beim Bestücken · Viel mehr Sprechkreise je Raumeinheit · Flexibilität im Amtsaufbau- und -umbau · Amtsverkabelung ohne Umwege und zeitsparende Montage

Unser Fertigungsprogramm für Draht- und Richtfunk-Übertragungssysteme ist lückenlos.

Weitere Auskünfte erteilt die Siemens Aktiengesellschaft  
Wernerwerk für Weitverkehrs- und Kabeltechnik  
8 München 25, Postfach 700



241-207-4

## Trägerfrequenz-Systeme von Siemens



tretertag möge beschließen, die Verbindungsleute zu den ausländischen Vereinen als Mitglieder des Hauptvorstandes zu wählen. Der Antrag wird nach längerer Aussprache bei 198 abgegebenen Stimmen, mit 47 Neinstimmen, angenommen. Der Vertretertag 1969 soll über eine entsprechende Satzungsänderung endgültig beschließen. Da auch in der Wahl der Ersatzmänner keine Einigung erreicht wird, wird diese Wahl ebenfalls zurückgestellt. Nach einer erneuten lebhaften Diskussion am 22. Mai 1968 schlägt Pr Dr. Wiesemeyer vor, am 27. September 1968 in Koblenz einen außerordentlichen Vertretertag abzuhalten.

Einziges Tagesordnungspunkt: Neuwahl des Vorstandes. Dr. Fenge soll die Koordination der Vorschläge der Bezirksvereine übernehmen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

#### *Bestellung von Kassenprüfern*

Die Kassenprüfer OPDir Gaede und OPR Bauer werden in ihren Ämtern bestätigt.

6a Für den abwesenden MinDirig Köhler berichtet OPDir Daust über die Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden des höheren Dienstes. Hierbei geht er besonders auf die Arbeit des Sechserausschusses (der Verbände des höheren Dienstes) ein. Das im Auftrag des Sechserausschusses ausgearbeitete Gutachten von Prof. Müller, Freiburg, zeige deutlich die Tatsachen auf, die zu einer Nivellierung des höheren Dienstes geführt haben. Es wurde eine Kurzfassung dieses Gutachtens ausgearbeitet und im November 1967 mit der Versendung an die maßgebenden Stellen begonnen. Das Echo sei schwer abzuschätzen. Zwar seien viele Zuschriften eingegangen, die aber meist zurückhaltend und unverbindlich seien. OPDir Daust weist darauf hin, daß es wichtig sei, sich mit der Interessenvertretung zu beschäftigen, aktiver mitzuarbeiten und nach Möglichkeit diesem Verband finanzielle Hilfe zu gewähren.

Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich Pr Dr. Wiesemeyer (Nürnberg), PR Grundlach (Dortmund), OPR Dipl.-Ing. Pickert (Bremen), PAssess Fetzer (Berlin), Pr a. D. Dr. Fenge (Darmstadt), OPDir Dipl.-Ing. Mangelsdorf (Bremen) beteiligten, wird von OPDir Dr. Henschel der Antrag gestellt:

Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Bildung eines Dachverbandes des höheren Dienstes zu betreiben und auch ermächtigt, finanzielle Beiträge im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu leisten.

Dieser Antrag wird durch Akklamation angenommen.

6b MinR Schumacher gibt Erläuterungen zum Inhalt des 2. Besoldungsneuregelungsgesetzes.

Zum Thema: Bewährungsbeförderung zitiert er den Abgeordneten Miessner: „Dieses Instrument der Bewährungsbeförderung findet in keiner Partei Befürworter.“ Das Ergebnis bleibe abzuwarten. Im Schnitt sollen die Bezüge etwa um 3 % des Grundgehaltes erhöht werden. Ob die Erhöhung auch auf den Ortszuschlag ausgedehnt werde, sei noch ungewiß. Sollte jedoch die Bewährungsbeförderung fallen, so werde der jetzt vorgesehene Schnitt der Eingangsbesoldungsgruppen nicht zu halten sein.

6c MinR Dr. Kaiser zeigt die Auswirkungen des 2. Besoldungsneuregelungsgesetzes auf den Personalhaushalt der DBP auf.

6d MinR Wolf greift aus der Fülle der Anträge, die von den Bezirksvereinen an den Hauptvorstand gestellt sind, 3 Punkte heraus und nimmt zu ihnen Stellung:

1. Die Nachwuchsfrage (Unterbringung von Assess auf Dp)
2. Dauervertreter im höheren Dienst
3. Aufstieg in den höheren Dienst

Ergänzend führt MinR Wolf aus, daß 1968 wieder nach dem ADAI befördert werde. Die Beförderungen im Jahre 1967 erfolgten nach dem BDA, so daß 9 Beamte der Laufbahn A (Aufstiegsbeamte) mit einem ADAI von 1964 3 Jahre nach ihrem Übertritt in den höheren Dienst nach A 14 befördert werden mußten.

6e MinR Stroh macht einige Ausführungen zum Thema „Fortbildung im höheren Dienst“, nachdem sich eine Reihe von Anträgen mit diesem Fragenkomplex befassen. Unter anderem führt er aus: „Bei der Planung der Fortbildung müsse man unterscheiden zwischen

- a) fachlicher Fortbildung und
- b) allgemeiner Fortbildung.“

Das BPM habe eine genaue Konzeption über die Fortbildung. Auch sei beabsichtigt, eine Führungsakademie zu errichten. Jedoch habe der BPMin noch nicht darüber entschieden, so daß noch nichts Näheres gesagt werden könne. Wenn alle Pläne verwirklicht werden, so könne man etwa 400 Beamte des höheren Dienstes jährlich an einer allgemeinen Fortbildungsmaßnahme beteiligen.

Mit einem Dank an die Herren Referenten eröffnet Pr Dr. Wiesemeyer die Diskussion, an der sich OPRn Leithäuser (Berlin), OPDir Zimmermann (Darmstadt), PR Belke (Münster), OPDir Dr. Keßler (Hamburg), OPDir Dr. Henschel (Frankfurt), OPRn Dr. Söldner (München), OPR Sumpelmann (Münster), OPR Pickert (Bremen) und APr a. D. Schneider (Bremen) beteiligen.

PAssess Dietschke (Freiburg), stellt den Antrag, der Vertretertag solle an das BPM herantreten, es möge sich für eine echte Leistungsbewertung einsetzen. Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

7 Der Vorschlag von Pr Dr. Wiesemeyer, wegen der Fülle der noch zu behandelnden Anträge und Fragen auf die Berichte der Verbindungsleute zu FITCE und FEFAS zu verzichten, wird mit 3 Neinstimmen angenommen. Die Berichte werden im Nachrichtenblatt veröffentlicht.

8a Danach ergreift BPMin Dr. Dollinger das Wort. Der Wortlaut seiner Ausführungen wird an anderer Stelle veröffentlicht.

8b In einer kurzen Ansprache dankt MinDir Schneider Herrn Pr. Dr. Wiesemeyer. Dieser habe sich sehr für die Beamten des höheren Dienstes eingesetzt und manche Anregung aufgegriffen, so daß es ihm ein Herzensbedürfnis sei, ihm für seine geleistete Arbeit zu danken.

Weiter führt MinDir Schneider aus: Wenn wir für die Probleme des höheren Dienstes auch Unterstützung im Verwaltungsrat finden, so sind dennoch hier Grenzen gesetzt und Hindernisse zu überwinden. Schließlich sollten wir nicht immer nur fordern, sondern auch auf das Geleistete dankbar zurückblicken.



9 Nach einer weiteren Diskussion zu den Referaten der Herren des Ministeriums werden die Anträge der Bezirksvereine einzeln behandelt.

a) Zum Antrag des BzV Berlin, in welcher Form Fortbildungsmaßnahmen für Beamte des höheren Dienstes geplant sind, erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, daß er durch das Referat von MinR Stroh erledigt sei. Auf Anregung von APr Dr. Haller (Stuttgart) sollen auch Tagungen auf dem Sektor der Bauverwaltung abgehalten werden. Der Hauptvorstand möge das Anliegen dem BPM vortragen.

b) Der Antrag des BzV Berlin, Kontakte mit akademischen Verbänden auch außerhalb des öffentlichen Dienstes aufzunehmen, findet lebhaftere Unterstützung.

c) Zum Antrag des BzV Berlin, die Dp bei größeren Ämtern des Post- und Fernmeldewesens nach A 16 zu bewerten, erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, es sei vorgesehen, dieses Problem nochmals dem BPM im einzelnen vorzutragen. OPDir Dr. Keßler erklärt sich bereit, einen entsprechenden Antrag auszuarbeiten, bittet aber die anderen BzV Unterlagen zu übersenden.

d) Dem Antrag der BzV Bremen und Köln, Abhandlungen in der FITCE-Zeitschrift möglichst in deutscher Sprache abdruckend, will OPDir Dipl.-Ing. Böwering in Zukunft nachkommen.

e) Zum Antrag des BzV Bremen, betr. Bewährungsbeförderung und Stellenkegel nach dem 2. Besoldungsneuregelungsgesetz, erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, daß alle dabei angeschnittenen Punkte in dem im Geschäftsbericht des Hauptvorstandes erwähnten Schreiben der Vereinigung bereits verwertet seien.

Nach einer lebhaften Diskussion stellt Pr Dr. Wiesemeyer den Antrag, den BzV zu empfehlen, zur Förderung der berufspolitischen Arbeit laufend Kontakte mit den zuständigen Bundestagsabgeordneten zu pflegen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

f) Zum Antrag des BzV Bremen, eine Ergänzung der Familienheimrichtlinien wegen des Wohnungsbesetzungsrechtes zu erwirken, äußert MinR Dipl.-Ing. Hoyer, daß eine Abstimmung mit dem Wohnungsbauministerium erforderlich sei. Pr Dr. Wiesemeyer spricht sich dafür aus, diesen Antrag zum Beschluß zu erheben und dem BPM einschließlich der Begründung vorzulegen. Der Antrag wird durch Akklamation angenommen.

Der Antrag des BzV Bremen, dahingehend zu wirken, daß die Richtlinien über die Wohnungsfürsorge der DBP durch den Satz ergänzt werden: „Empfänger von Trennungsgeld, deren Familienwohnung mehr als 150 km vom neuen Dienstort entfernt ist, sind jedoch vorrangig zu berücksichtigen“, findet keine Mehrheit.

h) Nach dem Antrag des BzV Bremen soll eine Befragung in den BzV über die Zweckmäßigkeit einer Ausschreibung der höherbewerteten Dp bei den OPDn durchgeführt werden; hierzu sollen Fragebogen verschickt und der Hauptvorstand über das Ergebnis unterrichtet werden. Ebenfalls damit erledigt sind die Anträge der BzV Hamburg, Nürnberg, Stuttgart, Hannover und Kiel.

i) Der Antrag des BzV Darmstadt, gegen die Bewährungsbeförderung im 2. Besoldungsneuregelungsgesetz Schritte zu unternehmen, damit es zumindest in der vorgesehenen Form nicht verabschiedet werde, ist mit dem Referat von MinR Schumacher beantwortet; das gleiche gilt für die Anträge der BzV Dortmund und Düsseldorf.

# Der 12.1.1968 war für Familie Dehmel ein großer Tag

(weil sie da ihr Telefon bekam)



Das ist im Grunde nichts Außergewöhnliches. Aber Familie Dehmel in Berlin-Frohnau erhielt nun die millionste Anruferinheit, die wir für die Deutsche Bundespost seit 1948 geliefert haben. Darin liegt das Besondere (und wir haben es mit Fam. Dehmel selbstverständlich auch gebührend gefeiert).

Heute sind es schon weit mehr als eine Million Anruferinheiten — allein 1967 waren es über 100 000; 1968 werden es noch mehr als im vergangenen Jahr sein. Dazu kommt unsere umfangreiche Arbeit auf dem Gebiet der Prüf- und Meßgeräte, die wir für die Deutsche Bundespost entwickeln — z. B. Probeverbindungseinrichtungen, Verkehrsbeobachtungs- und Zählvergleichseinrichtungen und das Prüfgerät Nr. 80 für Impulsgabe, Frequenz-, Periodendauer- und Zeitmessung.

**De Te We**

Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie AG  
1 Berlin 36, Wrangelstraße 100, Ruf 03 11/61 00 41



k) Bezüglich des Antrags des BzV Dortmund erklärt sich der BzV Freiburg bereit, einen Beitrag zu dem Thema: „Die Stellung des Akademikers in der Verwaltung“ im Nachrichtenblatt zu veröffentlichen.

l) Zum Antrag des BzV Frankfurt, Informationen über die bisherigen Auswirkungen des 1. Besoldungsneuregelungsgesetzes auf die Laufbahnen des höheren Dienstes der DBP einzuholen und weitere Forderungen zu erarbeiten, wird auf die Referate der MinR Wolf und Dr. Kaiser verwiesen.

m) Auf Anfrage von Oberpostrat Paffen, Düsseldorf, ob und in welcher Weise der Brief des Bundestagsabgeordneten Brück beantwortet werde, erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, bei der Beantwortung werde besonders auf die personellen unterschiedlichen Probleme bei einer Betriebsverwaltung und bei der inneren Verwaltung hingewiesen werden. OPRn Leithäuser, die bereits einen Entwurf des Antwortschreibens vorbereitet hatte, liest diesen vor; er findet allgemeine Zustimmung.

Der BzV Frankfurt erklärt sich bereit, eine Zusammenstellung der Nachteile, die sich durch die Bindung an die innere Verwaltung ergeben, an praktischen Beispielen zu erarbeiten.

n) Die Anfrage des BzV Freiburg, worauf der Überstand an jungen Kollegen des DP-Dienstes zurückzuführen sei, ist durch das Referat von MinR Wolf beantwortet.

Nach dem Antrag des BzV Hamburg, der Hauptvorstand möge ein Gutachten über die Neustrukturierung der Dp B 3, B 2, A 16 und A 15 in der Außenverwaltung ausarbeiten und dem BPM unterbreiten, erklärt sich der BzV Hamburg selbst bereit, die Ausarbeitung zu übernehmen.

o) Auf Antrag der BzV Hamburg und Köln, dahingehend zu wirken, daß die Ruhegehaltsbezüge den strukturellen Veränderungen angepaßt werden, erklärt sich der BzV Düsseldorf bereit, sich der Vorarbeiten für ein 3. Besoldungsneuregelungsgesetz anzunehmen.

p) Auf Antrag des BzV Köln, über die Wirkungen des Gutachtens von Prof. Dr. Müller, Freiburg, zu berichten, erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, daß die Frankfurter Allgemeine Zeitung das Gutachten behandelt hat. Die Wirkung sei schwer zu ermitteln, es liefere für lange Zeit Argumente für die berufspolitische Arbeit.

q) Zum Schreiben des BzV Köln an die Bundestagsabgeordneten über die Unruhe vor allem der jüngeren Beamten des höheren Dienstes über das 2. Besoldungsneuregelungsgesetz, vertreten die Diskussionsredner einstimmig die Ansicht, daß es besser sei, wenn sich der Hauptvorstand an die Abgeordneten wendet, und nicht die einzelnen Bezirksvereine.

r) Zum Antrag des BzV Münster betr. Bewährungsbeförderung nach A 14, Verbesserung des Stellenschlüssels und Einzelbewertung von Referenten-Dp erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, daß diese Punkte schon teilweise durch die Referate der Herren des BPM beantwortet seien.

s) Den Antrag, der Hauptvorstand möge den BzV bekanntgeben, in welcher Weise und mit welchem Ergebnis er die Beschlüsse des Vertretertages ausgeführt habe, greift Pr Dr. Wiesemeyer als Anregung auf und erklärt, der Hauptvorstand werde in Zukunft über die geleistete Arbeit im Nachrichtenblatt berichten.

t) Auf die Anregung hin, daß dem Nachwuchs dargetan werde, welche Ziele und Interessen die Vereinigung verfolge, soll ein Faltblatt, das im Entwurf bereits vorliegt, den BzV zur Unterrichtung der Nachwuchskräfte übermittelt werden.

u) Zum Antrag des BzV Nürnberg, der Geschäftsablauf bei den Vertretertagen möge geändert werden, erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, daß die Arbeitssitzungen wichtig seien; jedoch sollte auch die Öffentlichkeit für die Belange der Vereinigung interessiert werden. Er regt an, jeweils in einem Jahr nur eine Arbeitssitzung abzuhalten und im darauffolgenden Jahr die Arbeitstagung mit Rahmenveranstaltungen durchzuführen.

v) Die Anregung von OPR Blöchl (Stuttgart), in den Mitteilungsblättern der Vereinigung mehr berufspolitische Themen und Fragen zu behandeln, gibt Pr Dr. Wiesemeyer an die BzV weiter und bittet die Kollegen, die sich berufen fühlen, zu den anstehenden Problemen sich zu äußern, entsprechende Aufsätze an das Nachrichtenblatt zu senden.

Zum Antrag des BzV Nürnberg, die bisherigen Ang-Dp der VGr II/Ib in Beamten-Dp der BesGr A 13/14 umzuwandeln, erklärt Pr Dr. Wiesemeyer, daß dies ein spezielles Problem des Hochbaues bei der DBP sei. Er schlägt vor, OPDir Dipl.-Ing. Sauter solle dieses Problem dem BPM vortragen. Die lebhafte Diskussion zu diesem Thema zeige, daß es noch nicht beschlußreif sei.

x) Dem Antrag des BzV Stuttgart, daß die Namen der Vorstandsmitglieder aller BzV dem Hauptvorstand bekanntgegeben werden und der Hauptvorstand eine entsprechende Liste den BzV übermittle, wird stattgegeben.

Auf die Frage von PR Frank (Düsseldorf), ob es möglich sei, die Ansprache des BpMin zu veröffentlichen, erklärt VPr a. D. Harder, daß er die Zustimmung habe, die Ausführungen im Nachrichtenblatt zu veröffentlichen.

Nach der Behandlung aller Anträge dankt APr Dipl.-Ing. Rücker (Münster) Pr Dr. Wiesemeyer für die wohlvorbereitete Tagung und den Kollegen des BzV Regensburg für den gelungenen Rahmen. Die BzV werden in Kürze um Stellungnahme ersucht werden, in welchem Rahmen der nächste Vertretertag stattfinden soll.

Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Pr Dr. Wiesemeyer den Vertretertag 1968.

Neben den Arbeitssitzungen, die an den ersten beiden Tagen im Herzogssaal der OPD und am dritten Tag im Sitzungssaal des Neuen Rathauses stattfanden, war ein umfangreiches „Rahmenprogramm“ geboten.

Am Montag, dem 20. Mai 1968, begrüßte der Pr der OPD Rgsb, Dr. Kleber, abends die Tagungsteilnehmer und ihre Frauen im historischen Dollingersaal. Er umriß kurz die Geschichte der alten Reichsstadt Regensburg und wünschte der Tagung einen angenehmen und erfolgreichen Verlauf. An dem anschließenden geselligen Beisammensein im Ratskeller nahm auch BpMin Dr. Dollinger teil.

Am Dienstag, dem 21. Mai 1968, konnten die Damen vormittags bei einer Stadtführung die wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt Regensburg kennenlernen. Am Nachmittag gab die Stadt Regensburg für BpMin Dr. Dollinger, StS Dr. Pausch, den Hauptvorstand und den Bezirksvorstand Regensburg einen Empfang im Kurfürstenzimmer des Alten Rathauses.



Bürgermeister Weber überreichte dem BpMin und dem StS das Siegel der Steinernen Brücke. Anschließend trugen sich die Teilnehmer an dem Empfang in das Goldene Buch der Stadt Regensburg ein. Beim Festakt im historischen Reichssaal hielt der Rektor der Universität Regensburg, Prof. Dr. F. Mayer, den Festvortrag über das Thema: „Der Universitätsgedanke in Regensburg – eine wissenschaftsgeschichtliche Betrachtung zur Entstehung und Entwicklung der deutschen Universität“. Die Feier, an der zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens und der Verbände teilnahmen, wurde umrahmt vom Gesang der weit bekannten „Regensburger Domspatzen“. Am Abend schloß sich ein großer Gesellschaftsabend mit Tanz in den festlichen Räumen des Parkhotels Maximilian an.

Am Mittwoch, dem 22. Mai 1968, konnten die Damen bei einer interessanten Besichtigung des Teppichwerkes Schaeffler den Entwurf und die Herstellung von zum Teil wertvollen Teppichen kennenlernen. Anschließend brachte sie der Omnibus noch zur Besichtigung der Walhalla bei Donaustauf. Am Nachmittag machten die Damen einen Ausflug nach Kelheim und Kloster Weltenburg. Sie besichtigten dabei die berühmte Asamkirche in Weltenburg und erlebten eine unvergeßliche Fahrt mit dem Schiff oder mit einem Kahn durch den Donaudurchbruch zwischen Weltenburg und Kelheim. Mit einer Besichtigung der

## Diskussionsbeitrag des Herrn Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen Dr. Dollinger beim Vertretertag der Vereinigung der höheren Postbeamten in Regensburg am 21. Mai 1968

(Stenogrammübertragung)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herrn!

Ich bin gerne hierher nach Regensburg gekommen und ich habe es dankbar angenommen, heute einmal hier nicht bei der offiziellen Tagung zu sein, sondern bei einer solchen Arbeitssitzung. Warum bin ich hergekommen? Weil ich glaube, daß auch Sie, selbst wenn die höheren Beamten nur 1600 von rund 470 000 ausmachen, ein Anrecht haben, Ihre Wünsche entsprechend vorzutragen, weil ich glaube, daß man sich nicht nur als politisch verantwortlicher Minister ausrichten soll nach der Größe eines Verbandes, sondern die Wünsche hier gleich behandeln soll. —

Und weil ich, meine sehr verehrten Damen und Herrn, glaube, daß gerade Sie von besonderer Bedeutung sind für die DBP und die Ihnen anvertrauten Menschen. — Nun, ich kann kein Beamtenexperte sein, denn dazu bin ich viel zu jung im Bereich des Bundespostministeriums. Aber ich kann mich in Ihre Situation hineinversetzen, und ich will es gerne tun. Ich glaube, es gehört zu dem gesunden Ehrgeiz — ich sage dem gesunden Ehrgeiz —, den jeder Mensch braucht, daß er sich am Beginn seiner Berufslaufbahn und auch in seiner Berufslaufbahn die Frage stellt, was kann ich werden und wann kann ich was werden?

Wenn man diese Frage sich nicht stellen würde, dann wäre man ja letzten Endes nicht ein Mensch, der sich ein Ziel gesetzt hat, und ich glaube, man muß hinzu-



## Das praktische Kunststoff-Isolierband

*Coroplast*

**"COROPLAST" FRITZ MÜLLER KG**

56 Wuppertal-Barmen · Postfach 565 · Ruf 66 00 11

Befreiungshalle bei Kelheim wurde das „Rahmenprogramm“ beendet. Der Ausflug nach Kelheim — Weltenburg war nach dem vorbereiteten Plan auch für die Tagungsteilnehmer vorgesehen. Leider erlaubte dies jedoch die Fülle der zur Diskussion anstehenden Probleme nicht.

Ein Teil der Tagungsteilnehmer nahm noch an der am folgenden Tag (Christi Himmelfahrt) beginnenden Fahrt nach Wien teil, die vom Kollegen Dr. Keßler — wie gewohnt — vortrefflich organisiert worden war.

fügen, gerade im höheren Bereich, dann hätte man vielleicht umsonst eine umfassende Ausbildung genossen. —

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herrn, kommen einige Komplikationen, die vielleicht jemand, der nicht aus der Verwaltung kommt, noch deutlicher empfindet als Sie, die Sie nun einmal in der DBP, wenn ich so sagen darf, beruflich aufgewachsen sind. Ich höre, seitdem ich bei der Post bin — und ich muß sagen, ich habe es auch schon gehört, als ich Bundesschatzminister war —, immer die Worte Schlüssel und Kegel, und wenn ich mir das dann erklären ließ, was das eigentlich bedeutet, dann muß ich nach wie vor bei meiner Furcht bleiben, daß Schlüssel und Kegel haargenau im Gegensatz stehen zur Leistung. —

Wir können uns in einer Verwaltung nicht mit der freien Wirtschaft vergleichen. Man hat hier nicht — vor allem durch das Beamtenrecht vorgegeben — die Möglichkeit, zu variieren mit Zulagen, Sonderstellungen und was es dort alles gibt. Das muß ich sagen, weil man das nicht außer acht lassen darf. Es ist also hier ein viel strengerer Rahmen gesetzt. Aber ich glaube, wenn wir eine moderne und leistungsfähige Verwaltung haben wollen, dann muß die Leistung mehr zur Geltung kommen, als es bisher der Fall gewesen ist. — Und meine Damen und Herrn, wenn ich sage Leistung, Schlüssel und Kegel, dann füge ich noch etwas anderes hinzu: Wenn wir eine moderne Verwaltung





Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden  
der Vereinigung der höheren Postbeamten,  
Präsident Dr. Wiesemeyer



Festakt im historischen Reichssaal  
des alten Rathauses. Hier tagte der  
„Immerwährende Reichstag“ (1663–1806)



Die Regensburger Domspatzen  
bei ihrem Gesangsvortrag



Bundespostminister Dr. Dollinger  
und Bürgermeister Weber beim Empfang  
im Kurfürstenzimmer des Alten Rathauses



Bundespostminister Dr. Dollinger und die  
Mitglieder des Hauptvorstandes  
bei der Eintragung in das Goldene Buch  
der Stadt Regensburg



Bürgermeister Weber (Regensburg)  
überreicht Gastgeschenke  
(von links: Pr Dr. Wiesemeyer,  
MinDir Schneider, Frau Pausch, Dr. Dollinger,  
Bürgermeister Weber, StS Dr. Ing. Pausch)



sein wollen, und wenn wir auch unter dem Aspekt Rationalisierung erfolgreich sein wollen, dann sprechen Schlüssel und Kegel im Endergebnis gegen jegliche Rationalisierung. —

Denn bei dem heutigen Denken kommen wir ja praktisch dahin, daß der Beamte, ganz gleich in welcher Position er ist, der bereit ist zu rationalisieren, sich unter Umständen den Ast absägt, auf dem er sitzt. — Und hier stellt sich doch die Frage, wenn ich es mal überspitzt ausdrücke, soll man jemand zum Selbstmord oder zur Selbstverstümmelung veranlassen? Ich glaube, das ist eine gewisse Überforderung wenn man das tut. Eigentlich müßte es ja umgekehrt sein. Man sollte den Beamten, die den Mut haben, zu rationalisieren und damit sogar Personalkosten einzusparen, die sollte man doch eigentlich dafür belobigen, weil Rationalisierung, eine gute Rationalisierung, eine echte Leistung darstellt und eine Leistungsverbesserung. Aber meine Damen und Herrn, hier sind wir ohne Zweifel in einer nicht ganz einfachen Lage, und es kommt hinzu, das möchte ich mit Nachdruck einmal sagen, daß in Bonn Verwaltung gleich Verwaltung gesetzt wird, weil man nicht den Unterschied machen will zwischen der normalen Verwaltung und der Betriebsverwaltung, wie sie die DBP darstellt, das ist was ganz anderes als normale Verwaltungen. —

Ich muß hier auch sagen im Hinblick auf die Herren des BPM, daß sie in diesen Auseinandersetzungen oft einen sehr schweren Stand in den Beratungen haben. Es kommt noch etwas hinzu, meine Damen und Herrn, und ich habe vorhin aus einer Reaktion gemerkt, daß man das nicht so ganz geglaubt hat. Ich habe mit dem Kollegen Leber eine Vorlage gemacht. Der Verkehrsminister war federführend in der Sache Postreisedienst. Diese Vorlage fand die Zustimmung auch des Finanzministers. In dieser Vorlage stand drin: der Vorschlag des Treuarbeitgutachtens, die Reisedienste von Post und Bahn zusammenzulegen, wird abgelehnt. Da stand drin: die Rationalisierungsmaßnahmen, die vorgeschlagen sind, werden geprüft und nach Möglichkeit verwirklicht. Meine Damen und Herrn, obwohl diese Vorlage so lautete, hat das Kabinett anders beschlossen. Und ich darf Ihnen nicht einmal sagen, mit welchem Stimmenverhältnis, und ich bin auch auf Grund der Geschäftsordnung der Bundesregierung verpflichtet, den Kabinettsbeschluß zu vertreten. Das heißt, ich müßte jetzt eigentlich sagen, die Vorlage von Herrn Leber und von mir war falsch, und das Kabinett hat richtig beschlossen. Das ist die überspitzte Auslegung dessen, was unter Kabinettsdisziplin und Vertretung der Beschlüsse geschrieben steht. Und meine Damen und Herrn, wenn die Bundesregierung das 2. Besoldungsneuregelungsgesetz verabschiedet hat, dann sind hier die Minister und die Vertreter der Ministerien in den Ausschüssen gezwungen, die Regierungsvorlage zu vertreten. Es hat schon manche heftige Auseinandersetzung innerhalb der Bundesregierung darüber gegeben, auch mit den Parlamentariern, weil Vertreter der Regierung, der Ressorts, in den Ausschüßberatungen sich dann auf die Seite meiner wegen mancher Abgeordneter gestellt und gesagt haben, diese Vorschläge sind richtig, auch wenn sie im Gegensatz zur Regierungsvorlage standen. Und dann kamen oft von den federführenden Ressorts die Vorwürfe, „der Vertreter Ihres Hauses hat in der und der Ausschüßsitzung nicht die Kabinettsvorlage vertreten, sondern gegen die Kabinettsvorlage gesprochen“. Ich muß das hier einmal so deutlich sagen, damit Sie auch die Schwierigkeiten

der Herren hier kennenlernen. Nun, meine Damen und Herrn, wenn ich das alles zusammenfasse, was ich hier gehört habe, dann muß ich also wirklich sagen, man kann eigentlich nicht recht verstehen, daß dieses 2. Beamtenbesoldungsneuregelungsgesetz tatsächlich von höheren Beamten gemacht worden ist. — Nach all dem, was ich in den letzten Wochen in vielen Gesprächen gehört habe, muß ich das hier ganz offen zugeben. Warum das so gemacht worden ist, weiß ich nicht. In bezug auf den Abgeordneten Brück darf ich sagen, ich kenne ihn sehr lange, er ist einer der ersten Spezialisten für Beamtenfragen, und ich glaube, daß er den berechtigten Anliegen gerne Rechnung trägt.

Das Thema Stellenkegel habe ich schon erörtert, ich darf nur noch einmal sagen, daß man natürlich in den Kreisen des Haushaltsausschusses sehr gern ein Schema hat, um eine gewisse Ordnung zu haben und daß dieser Stellenkegel, der dort konzipiert wird, zum Teil ja auch zusammenhängt mit dem, was man Kassenmangel auf der finanziellen Seite bezeichnet, um damit eine gewisse Grenze zu setzen. Meine Damen und Herrn, ich teile eine Befürchtung, die hier auch schon angeklungen ist, nämlich die, daß wir in eine zunehmende Nivellierung hineinkommen. —

Daß aber ist eine Erscheinung, die wir heute nicht nur im Beamtenrecht haben. Gehen Sie hinaus in andere Bereiche, auch in Tarifverträgen der privaten Wirtschaft. Dieser Trend ist immer stärker spürbar — und ich glaube, wenn man nicht weit mehr als bisher Leistung und Verantwortung herausstellt, dann wird der Druck zur Nivellierung immer stärker werden. Wir haben doch die gefährliche Situation, nach und nach so zu tun, wie wenn jeder alles gleich gut können würde, obwohl das einfach der menschlichen Natur widerspricht. —

Und deshalb gehört es dazu, meine Damen und Herrn, daß man eben auch klar macht, was höherer Dienst an Leistung und an Verantwortung bedeutet. Und meine Damen und Herrn, nehmen Sie mir's nicht übel, wenn ich hier jetzt etwas Kritisches sage. Ich habe eingangs erwähnt, Ihre Zahl ist 1600 von 470 000. Die Position und die Aufgabe des höheren Dienstes klarzumachen, das kann nicht nur die Aufgabe des Ministers und seiner Mitarbeiter sein, das ist auch Ihre Aufgabe mit, meine Damen und Herrn. Und ich bitte um Verständnis, wenn ich es einmal so sage, das Ansehen des Beamtentums, das Ansehen des höheren Beamten und das Ansehen der DBP hängt entscheidend nicht nur von der Leistung ab, sondern hängt auch davon ab, wie die Wünsche dieses Bereiches der breiten Öffentlichkeit und den Politikern gegenüber dargestellt werden. Und ich habe manchmal den Eindruck — ich füge das hinzu, ich habe Verständnis bei einer Last des Alltages, bei allen Sorgen die man mit der Familie hat —, daß eben das „öffentlich Inerscheintreten“ aus Ihren Bereichen einfach zu gering ist. —

Vielleicht darf ich mal überspitzt die Frage so formulieren: Wer aus dem Bereich der höheren Beamten hat einen laufenden Kontakt zu Abgeordneten oder zu Parteien, um im frühen Stadium sich bereits zu rühren, um auf gewisse Entwicklungen aufmerksam zu machen? Meine Damen und Herrn, auch das muß einmal gesagt werden, wenn man zu einem Abgeordneten nur dann kommt, wenn man ihn braucht, gibt es bei vielen Verantwortlichen schon eine gewisse Skepsis, weil damit eben einfach der Verdacht verbunden ist — ich betone, der Verdacht —, man spricht nur in eigener und persönlicher Sache. Und deshalb möchte ich Sie ermuntern an diesem Tag, halten Sie





**Wir sorgen dafür:  
gerade geschrieben –  
im Handumdrehen  
angekommen.**

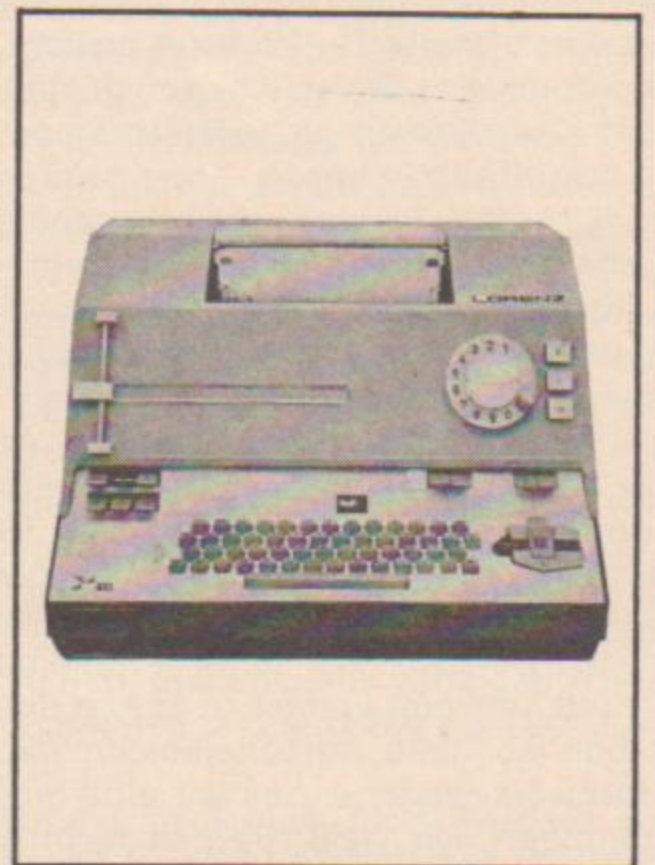
Gerade geschrieben – schon angekommen. Das ist Fernschreiben! Blitzschnelle Nachrichtenübermittlung, Sicher und rationell. Fernschreiber von SEL stehen in aller Welt. Helfen Nachrichtenagenturen, mit den Ereignissen Schritt halten. Meistern die Entfernung zwischen Geschäftspartnern.

Unternehmen der Nachrichtentechnik müssen so international sein wie ihr Tätigkeitsfeld. SEL gehört seit 1928 zum Firmenverband der International Telephone and Telegraph Corporation (ITT), dem heute über 200 Firmen mit 235.000 Mitarbeitern angeschlossen sind. Wissenschaftler und Techniker tauschen ihre Erfahrungen in For-

schung und Entwicklung aus. Über die Hälfte des gesamten Entwicklungsaufwandes kommt aus den europäischen ITT-Unternehmen.

SEL kann also internationale Höchstleistungen für die ganze Nachrichtentechnik erbringen: Fernsprechtechnik · Eisenbahnsignaltechnik · Fördertechnik und Postautomation · Weitverkehr und Navigation · Fernschreib- und Datentechnik · Kabel und Leitungen · Bauelemente · Rundfunk-, Fernseh-, Phono-Geräte der Marke ITT Schaub-Lorenz.

Standard Elektrik Lorenz AG  
7 Stuttgart-Zuffenhausen  
Tel.: \*(0711) 895 21, Telex: 7 22 861



Im weltweiten **ITT** Firmenverband



**SEL**



Kontakt mit Verantwortlichen auch außerhalb der speziellen Frage der Beamtenbesoldung. Dann werden Sie leichter Gehör finden und werden Sie besseres Gehör finden.

Darf ich etwas sagen zu der Situation der Post. 460 000 Beschäftigte, unsere Personalkosten liegen bei 60 % einschließlich der Versorgungsbezüge. Wir rechnen in diesem Jahr mit Einnahmen von 12 Milliarden, 7 Milliarden Personalkosten, 2 Milliarden 122 Millionen Zins und Tilgung für unsere Schulden, die zwischenzeitlich bei 15 Milliarden stehen plus 566 Millionen Zinsen sind gleich 2,7 Milliarden.  $7 + 2,7$  gibt 9,7. Die 12 Milliarden Umsatz, meine Damen und Herrn, bedeutet das, wir müssen unsere Investitionen zu einem hohen Prozentsatz durch Aufnahme neuer Kredite finanzieren? Daß die Personalkosten bei 60 % natürlich sehr hoch liegen, ist klar. Die Geschäftsentwicklung hat im letzten Jahr im Postbereich einen Rückgang um 1 v. H. zu verzeichnen gehabt. Im Fernmeldebereich ein Plus von 9 %, völlig konträre Entwicklung also. Im Fernmeldebereich auch konträr die Entwicklung gegenüber der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Und nun haben wir einmal die Finanzplanung der DBP, die seit vielen Jahren schon vorhanden ist (im Gegensatz zum Bund, hier war die Post sehr fortschrittlich), fortgerechnet, und wir haben festgestellt, daß wir bis zum Jahre 1972 11 Milliarden Schulden zu tilgen haben und daß wir unseren Investitionsbedarf, und zwar haben wir ihn minimal berechnet und nicht maximal, nach einer möglichen Entwicklung zu 98 % aus Krediten zu decken haben. Warum sage ich Ihnen das, meine Damen und Herrn? Ich sage das deshalb, damit Sie einmal sehen, daß die finanzielle Situation der DBP uns sehr große Sorgen macht. Denn jede Schwäche am Kapitalmarkt kann diesen Investitionsbedarf in Gefahr bringen. Und diese Investitionen machen wir ja nicht zum Zeitvertreib. Wir müssen sie tun, um uns zum Teil eben der Verkehrsentwicklung anzupassen. Ich denke an manches Postamt — ich habe gestern einige gesehen, die durch das Wachstum von Städten, die sich nach den Kriegsjahren einwohnerzahlenmäßig verdoppelt und verdreifacht haben — das zu klein ist, daß ein Amt, das um die Jahrhundertwende gebaut worden ist, den Erfordernissen einfach nicht mehr gerecht werden kann. Wir müssen im Fernmeldebereich vieles tun, ich brauche nur das Wort Warteliste hier auszusprechen, denn was wir hier nicht tun, führt zu Angriffen gegen die DBP und führt dazu, daß unser Ansehen und auch Ihr Ansehen, meine Damen und Herrn, damit nicht gefördert, sondern geschädigt wird. Und das spielt ja auch in allen Auseinandersetzungen bis in Besoldungsfragen hinein eine entsprechende Rolle. Hier haben wir also sehr große Probleme und Schwierigkeiten, und hier kommt es ja nun darauf an, wenn ich schon so hohe Personalkosten habe, daß ich den Nachweis erbringe, daß wir eine gute Personalpolitik betreiben. Ich weiß, daß es nicht mit Begeisterung aufgenommen worden ist, als wir sagten, „Anpassung an die Verkehrsverhältnisse“. Aber meine Damen und Herrn, ich habe das sehr bewußt getan, ich möchte nämlich nicht in die Situation hineinkommen, daß ich von außen her angeschossen werde, wir würden nur aus Bequemlichkeit oder um keine Unannehmlichkeiten zu haben, oder Liebkind zu sein, eine Personalpolitik betreiben, die so tut, wie wenn nichts geschehen wäre.

Ich glaube, daß es auch im Interesse der Beschäftigten bei der DBP ist, wenn der Minister und das Ministerium von sich aus Maßnahmen ergreifen, bevor wir

von außen dazu gezwungen werden. Und unter außen verstehe ich in dem Fall meinerwegen auch den Postverwaltungsrat oder den Deutschen Bundestag. Ich bitte also um Verständnis, wenn wir auch unpopuläre Dinge tun, denn ich glaube, das Unpopuläre ist auch notwendig, wenn wir eine gute Politik und auch eine gute Personalpolitik betreiben wollen. Meine Damen und Herrn, je besser unser Beamtenstand ist, desto besser ist die Leistung der Post, aber ich füge noch hinzu, je besser der Personalstand ist in der Leistung, desto mehr können wir auch auf eine entsprechende Besoldung drücken und Wert legen. Ich glaube, das ist eine ganz klare Überlegung, und wenn wir nachweisen können, wie sich der Personalbestand entwickelt im Vergleich zur Verkehrsentwicklung, und wenn wir sagen können, wir haben uns nicht in dem Maße aufgebläht wie viele glauben, sondern das Gegenteil ist der Fall, dann können wir auch die Position der Post bei den Politikern und in der Öffentlichkeit in eine bessere Position bringen, als wenn wir das nicht sagen könnten. Und sehen Sie, hier noch etwas zur Leistung und Fortbildung. Es wurde in einem der Referate bereits darauf hingewiesen. Es ist, ich möchte es einmal sagen, das öffentliche und das Verwaltungsleben von diesem Schlagwort Leistung und Fortbildung erfüllt. Und nicht zu Unrecht, denn meine Damen und Herrn, das zeigen die letzten Jahre ja immer deutlicher, daß die einmalige Berufsausbildung nicht ausreichend ist, um für das Berufsleben das Rüstzeug zu haben, vorwärts zu kommen in gute Positionen. Das beste Examen hilft heute nichts mehr, wenn ich es einmal überspitzt ausdrücke, wenn man sich nicht fort- und weiterbildet während der Berufszeit. Dabei müssen wir helfen. Aber auch das möchte ich einmal klar sagen, mit Kursen von uns, die wir ansetzen, und Lehrgängen allein, ist es nicht getan. Es muß auch der Wille und der Ernst der Angesprochenen hinzukommen, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, es muß die Chance von ihnen letzten Endes genutzt werden. Und ich möchte hoffen und wünschen, daß es uns gelingt, hier manche Kraft neu zu entfalten. Es wurde vom Psychologischen gesprochen. Meine Damen und Herrn, in unserer Zeit reicht es nicht, daß Damen und Herren, denen Menschen anvertraut sind, ausgezeichnete Noten haben. Die sollen sie auch haben. Es muß hinzukommen die Möglichkeit, den Menschen gut führen zu können. Ich weiß, das ist ein abgedroschenes Wort, aber mir fällt nichts besseres ein. Was will ich damit sagen? Es muß dem Vorgesetzten gelingen, nicht nur Vorbild zu sein, sondern der Vorgesetzte muß auch in der Lage sein, den Menschen entsprechend seinen Fähigkeiten zur Entfaltung seiner Kräfte zu bringen. Und er muß auch in der Lage sein, von seiner Position aus den anvertrauten Menschen Freude, auch Zufriedenheit und vielleicht auch etwas Glück und Freude im Berufsleben zu geben. Ich glaube, es ist kein Geheimnis, daß oft die Fähigkeit eines Vorgesetzten, Menschen, die scheinbar stille waren, plötzlich zu einer beachtlichen Entfaltung an Leistung gebracht hat.

Und meine Damen und Herrn, Sie als Beamte des höheren Dienstes haben nicht nur die Aufgabe gegenüber Ihren Vorgesetzten nun eine gute Figur zu machen, drücken wir es einmal ganz einfach aus, sondern Ihre Aufgabe ist es auch, die Kräfte bei den anvertrauten Menschen entsprechend zur Entfaltung zu bringen. Das Urteil über den höheren Beamten hängt letzten Endes auch von dem Urteil ab, das die Menschen abgeben, die ihm anvertraut sind. Das hat nichts damit zu tun, daß man populär sein will, nein,



ich glaube, es gibt natürliche Führungsanlagen, die den andern veranlassen können, daß er mitgerissen wird. Sehen Sie, wir haben so große Unruhe in unserer Zeit. Wir haben sie in der Jugend, wir haben sie auch in der älteren Generation. Bei der Jugend ist es verständlich, warum? Ich habe selbst drei Kinder. Bei meiner Ältesten, die studiert, habe ich das Problem „politisierender Vater und studierende Tochter“ im Augenblick gelöst. Sie ist im Ausland beim Studium. Man weiß nie, was einem mit Kindern passiert, meine Damen und Herrn, das möchte ich sehr ausdrücklich sagen. Aber die Diskussion mit den jungen Menschen, die ist interessant und die lohnt sich. Wir älteren – hier sind erfreulicherweise auch jüngere Damen und Herren vorhanden –, sehen Sie, wir vergleichen doch immer was wir heute haben mit 1945 und den folgenden Jahren, und dann sind wir nicht selbstzufrieden, sondern auch häufig ehrlich dankbar, weil wir nach 1945 gar nicht geglaubt haben, daß wir dieses zerschlagene Deutschland noch einmal, wenn auch nicht in seiner Gänze, aber in einem Teil in eine solche staatsrechtliche Verfassung mit einem solchen Lebensstandard würden bringen können. Die Jugend, was macht die, die weiß ja von 1945 nichts? Häufig haben die Eltern zu wenig davon erzählt, der Geschichtsunterricht war oft zu mangelhaft, die neuere Geschichte sollte in dem Augenblick gelehrt werden, als das Schuljahr zu Ende ging. Und dann glaube ich, haben wir noch etwas gemacht. Wir haben doch den Menschen unwahrscheinlich in das Leben hinein idealisiert. Es geht bis zu jener Betrachtung, daß jeder jedem Freund ist. Bei den Parteien auf die Spitze getrieben, gibt es dann folgende Möglichkeit zu steigern: Feind, Todfeind, Parteifreund.

Ich glaube, daß diese Betrachtungsweise im Leben und vom Leben auch viel dazu beigetragen hat, daß wir diese Unruhe haben. Meine Damen und Herrn, und es kommt sicher noch etwas dazu: daß wir heute zwar sagen, es kann jeder kritisieren, daß aber oft die Kritik zwar angehört wird, aber es nicht anschließend zu Auseinandersetzungen mit der Kritik kommt. —

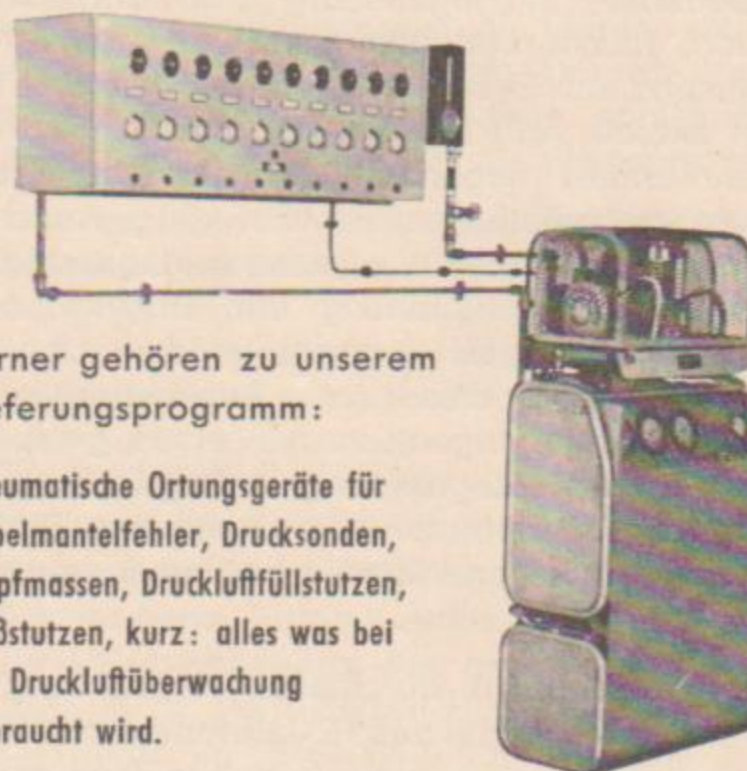
Dann haben die Menschen den Eindruck – lassen Sie es mich mal ganz einfach fränkisch ausdrücken –, das ist ja alles ein Krampf, denen kann man sagen was man will, die machen doch was sie mögen.

Das ist die gefährliche Entwicklung, in der wir heute sind. Welche Folgerung gibt es daraus? Wir müssen uns bemühen, uns gegenseitig ernst zu nehmen. — Und zu dem Bemühen, sich gegenseitig ernst zu nehmen, muß allerdings auch etwas hinzukommen, daß man bei dem was man kritisiert, sachlich ist, sich bemüht objektiv zu sein und daß man nicht in Kleinlichkeiten und Keinigkeiten abfällt. Ich glaube, das gehört auch dazu.

Und meine Damen und Herrn, wenn ich meine kurzen Betrachtungen – bitte, ich bin für Zwischenrufe dankbar, das macht nämlich die Dinge immer erst lebendig, wenn Zwischenrufe kommen – hier abschließe, so darf ich Ihnen sagen, wir werden das, was Sie hier sagen, im Ministerium sehr eingehend überlegen und beraten. Meine Teilnahme soll keine formelle Teilnahme sein. Aber meine Bitte an Sie, haben Sie auch Verständnis für unsere Lage, die oft nicht einfach ist. Und wenn ich noch einmal sage, was kann ich werden und wann kann ich was werden, ich glaube, es sind in den letzten Jahren doch beachtliche Fortschritte erzielt worden. Man soll sich weiter bemühen, das ist eine Selbstverständlichkeit, das gehört zum Leben. Ich wäre Ihnen aber sehr dankbar, wenn gerade Sie

## Größtmögliche Betriebssicherheit im Fernmeldenetz

durch unsere tragbaren oder stationären Druckluftüberwachungsanlagen.



Ferner gehören zu unserem Lieferungsprogramm:

Pneumatische Ortungsgeräte für Kabelmantelfehler, Drucksonden, Stopfmassen, Druckluftfüllstutzen, Meßstutzen, kurz: alles was bei der Druckluftüberwachung gebraucht wird.

Auch auf dem Kabelverlegesektor liefern wir alles, was den Betrieb so rationell wie möglich gestaltet.

**PETER LANCIER KG**

Maschinenbau-Hafenhütte 44 Münster/Westf.  
Tel. (02 51) 6 03 03/05 · Telex 8 92 553 · Postfach 911

als höhere Beamte – und auf Sie blicken oft mehr Menschen als Sie tatsächlich glauben – nicht nur im Dienst, sondern auch außerhalb des Dienstes (und von Ihrem Verhalten und von Ihrem Urteil hängt oft mehr ab für die Urteilsbildung von anderen, wie Sie sich vorstellen) sich darüber klar sind, daß Sie im Dienst und außerhalb des Dienstes nicht nur die DBP repräsentieren und präsentieren. Deshalb meine Bitte: präsentieren Sie auch unseren Staat. Dieser Staat, der gewiß nicht das Paradies auf Erden darstellt. Das würde es im übrigen niemals geben, ein Paradies auf Erden. Aber ich glaube immerhin, einen Staat, der sich trotz vieler Mängel sehen lassen kann, der ein Staat des Rechtes und der Ordnung ist.

Meine Damen und Herrn, dieses Fundament von Recht und Ordnung müssen wir sichern und bewahren, wenn wir diesen Staat weiter verbessern wollen, denn Verlust von Recht und Ordnung in diesem Staat würde zu einem Chaos führen, das uns alle, ganz gleich wie Sie heute politisch denken und was Sie politisch tun, enorm treffen würde.

Deshalb meine Bitte zum Schluß, sind Sie sich als höherer Beamter nicht nur Ihrer dienstlichen Pflichten und Obliegenheiten bewußt, sondern auch Ihrer staatsbürgerlichen Verpflichtung. Und helfen Sie mit, daß dieser freiheitliche Rechtsstaat fortentwickelt werden kann. Das ist unser aller Aufgabe, auch Ihre Aufgabe. Und wenn neben diesen berufspolitischen Problemen, die Sie hier mit Recht behandeln, auch die staatsbürgerliche Verantwortung bei Ihnen neugeweckt und angeregt werden würde, ich glaube, im Endergebnis wäre es gut und würde sich auch auszahlen für Ihre beruflichen Fragen.

Ich danke Ihnen!



# Der Universitätsgedanke in Regensburg

Eine wissenschaftsgeschichtliche Betrachtung

zur Entstehung und Entwicklung der deutschen Universität

Professor Dr. iur. Franz Mayer, Rektor der Universität Regensburg

Der Gedanke, in Regensburg eine Universität zu errichten, taucht erstmals etwa vor einem halben Jahrtausend auf. Er wird über die Jahrhunderte immer wieder aktuell. An Hand der im 15., 16., 17., 19. und 20. Jahrhundert liegenden Gründungsanläufe, die politisch und geistesgeschichtlich völlig verschieden motiviert sind, soll eine wissenschaftsgeschichtliche Betrachtung zur Entstehung und Entwicklung der deutschen Universität versucht werden. Den Gründungsunternehmen dieser Art in Regensburg ist durch die Jahrhunderte eigentlich nur eines gemeinsam: An eine Universitätsgründung in Regensburg denkt man nicht in Zeiten der wirtschaftlichen Blüte der Stadt, sondern eigenartigerweise immer nur in Notzeiten.

Eine solche Notzeit durchlebte Regensburg auch schon im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts, als durch wirtschaftliche Rezessionen im nahegelegenen oberpfälzer Industriegebiet und durch einige andere unglückliche Umstände der vormals blühende Handels- und Umschlagsplatz einem wirtschaftlichen Tiefpunkt entgegensteuert. Es muß sehr schlimm gewesen sein; denn die stolze Reichsstadt warf sich politisch und wirtschaftlich dem Bayernherzog Albrecht IV. in die Arme oder besser gesagt, versuchte es entgegen dem Willen des Kaisers zu tun. Um zwei Dinge, die den wirtschaftlichen Niedergang aufhalten sollen, bemühen sich der Rat der Stadt und der Herzog gemeinsam sofort, um eine große Wallfahrt und um eine Universität. Und so mag man wohl im Spätherbst 1486 über die Gründung einer Universität beratschlagt und um die Förderung dieser Angelegenheit Verbindung mit Bischof und Bayernherzog aufgenommen haben. Am 25. Februar 1487 berichtet dann der Rat der Stadt Regensburg an Herzog Albrecht IV. in München, daß er den Domherrn Magister Johannes Grad auf den Weg nach Rom gefertigt habe, während der Herzog seinerseits den herzoglichen Rat und Regensburger Domdekan Dr. Johannes Neuhauser zu dieser Deputation abordnete. Die Gesandtschaft hatte an der Kurie noch einige andere Regensburger und bayerische Anliegen zu vertreten, in erster Linie aber eine lateinische Petition um Erteilung des päpstlichen Plazets für die Gründung einer Universität in Regensburg zu überreichen. „Heiligster Vater! Dargelegt wird Euerer Heiligkeit in Vertretung des sehr ergebenen Sohnes der römischen Kirche, Albrecht, Pfalzgraf von Rhein und Herzog von Ober- und Niederbayern, was er in weiser Voraussicht in seinem Land anstrebt, dessen Grenzen weit gesteckt sind, das stark besiedelt und reich an Erträgen ist, daß es nämlich für das studium generale keine Universität gebe, an die sich die oben erwähnten Bewohner begeben könnten, wenn sie sich in der Wissenschaft fortbilden und mit Verdiensten auszeichnen wollten. Da die Stadt Regensburg, die die göttliche Güte mit Klerikern und Laien in großer Zahl bedachte, mit vielen Erträgen und vielen ausgezeichneten Gasthöfen ausgezeichnete und mit landschaftlichen Reizen versah, zum studium generale jeder Art vorzüglich geeignet ist, trachtet jener mit aller Energie danach, daß in eben dieser Stadt das studium generale als Quelle des Wissens

befruchtend wirke, von deren Fülle alle Wissensdurstigen schöpfen mögen. Deshalb bittet der vorhergenannte Herzog Euerer Heiligkeit demütig, inwiefern ihr darüber günstig Vorsorge tragt, in der genannten Stadt zum allgemeinen Fortschritt und Lob des göttlichen Namens und zur Verbreitung des katholischen Glaubens und zur Erhöhung der genannten Stadt und der ganzen Herrschaft des Herzogs selbst das studium generale in der heiligen Theologie, in beiden Rechten und Künsten und Medizin und ebenso in jeder beliebigen anderen erlaubten Fakultät durch Gelehrsamkeit und Wissenschaft als beständig dauerndes durch die apostolische Autorität zu errichten und zu gründen.“ Das studium generale sollte gegründet werden mit allen Privilegien, Vorrechten, Immunitäten, Vorentscheidungsrechten, Begünstigungen, Straffreiheiten und Zugeständnissen, wie sie dem Universitätsstudium Seiner Heiligkeit Stadt Bologna zukamen. Die wirtschaftliche Ausstattung sollte erfolgen durch Aufhebung und Zuweisung der Güter der Augustinerklöster zu Rohr und Regensburg; ferner sollte der Ertrag des Schottenklosters in Höhe von 100 Mark Silber der neuen Universität zugewiesen und das Schottenkloster in ein Priorat umgewandelt werden.

Am Palmsonntag, dem 7. April 1487, war die gemischt herzoglich-bayerische/regensburgische Gesandtschaft in Rom eingetroffen und schon am 20. Mai 1487 erteilte Papst Innozenz VIII. sein Plazet für die Universitätsgründung, fiat ut petitur, jedoch mit der Maßgabe, daß kein Klostergut für die Foundation verwendet werden dürfe. Nach ihrer Verabschiedung durch den Papst versuchte die Gesandtschaft noch bis zu den Pfingstfeiertagen – Pfingsten fiel in diesem Jahr auf den 3. Juni – Weiteres zu erreichen; der Domdekan Dr. Neuhauser berichtet darüber: „Item dj erhebung der höhen schul hab wir durch signatur erlangt auf den pesten form wie dj schul zu Bononj, dj für dj höchst angesehen, begabt ist. Aber des klosters halben hab wir nichts erlangen mügen, wiewol wir das in vil weg hoch gesücht haben, und ist des babstes antbort albeg gewesen, er welle das kloster nit abtilgen noch verändern wider der stifter meynung und ordnung.“<sup>1)</sup>

Mit der Erlangung des päpstlichen Breves war aber die Universität in Regensburg noch nicht errichtet. Im 15. Jahrhundert war es üblich, sich für eine Universitätsgründung das päpstliche Plazet zu erholen. Gelegentlich suchte man auch beim Kaiser um einen Stiftungsbrief nach. Im Falle Regensburg wurde ein solcher kaiserlicher Stiftungsbrief wohl schon aus politischen Gründen nicht erbeten und wäre wohl auch nicht zu erlangen gewesen. Die Stiftungsbriefe der Päpste und Kaiser gründeten jedoch noch nicht die Universität als solche, sondern bildeten regelmäßig nur eine Konzession zur Gründung, gewährten

<sup>1)</sup> Alois Weißthanner, Die Gesandtschaft Herzog Albrechts IV. von Bayern an die Römische Kurie 1487 – Stiftungsprivileg für eine Universität in Regensburg, in: Archivalische Zeitschrift, 47. Band [1951] S. 189 ff.; Jahresbericht des Vereins zur Erforschung der Regensburger Diözesangeschichte 4 [1929] S. 26.





Professor Dr. jur. Franz Mayer,  
Rektor der Universität Regensburg,  
bei seinem Festvortrag im historischen Reichssaal

ein Recht, oder wenn der Landesherr sich schon aus eigenem Recht hierfür berechtigt hielt, so bildeten sie eine Anerkennung, Verstärkung und Bestätigung dieses Rechts<sup>2)</sup>. Dem damaligen Gründungsversuch in Regensburg, der eine landesherrliche Gründung geworden wäre, lag ein klares Konzept zugrunde. Man wollte ein Generalstudium nach dem Muster von Bologna. Die beiden großen mittelalterlichen Universitätsmodelle Bologna und Paris waren ohne päpstlichen oder kaiserlichen Stiftungsbrief und ohne landesherrliches Dazutun in verhältnismäßig kurzer Zeit zu wissenschaftlichen Institutionen herangewachsen, die man dann zu Ausgang des hohen Mittelalters bereits als Universitäten bezeichnete. Lange nach der Gründung von Bologna und Paris erfolgte die erste staatliche Gründung einer Universität, nämlich 1224 die Gründung einer Staatsuniversität in Neapel durch den Kaiser. War die geistige Einheit des mittel- und westeuropäischen Raumes bis lange nach der Jahrtausendwende allein durch das Christentum gewährleistet, das eine Universalkirche ausgebildet hatte, so kommt seit dem 12. Jahrhundert ein weiteres, die geistige Einheit verstärkendes Band hinzu, die Wissenschaft und die sich um ihretwillen entwickelnden Institutionalisierungen. Das allgemeine Studium der Wissenschaft wird einheitlich institutionalisiert, erfährt eine rechtliche Ausbildung, in der sich diese Wissenschaft kraft eigenen Rechts verwaltet und schützt. Sie wird zur Körperschaft, und diese Körperschaft erhält dann, allerdings verhältnismäßig spät, den Namen Universität. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit dem Heraufkommen der vielgeschmähten Scholastik als wissenschaftlicher Disziplin. Über die Scholastik verschmelzen die vorhandenen scholae völlig selbständig zu einer Einheit und damit beginnt auch die akademische Bildung im mitteleuropäischen Raum<sup>3)</sup>. Die in Dom-, Kloster- und sonstigen Schulen gepflegten Einzeldisziplinen finden zunächst ihre Institutionalisierung in theologischen, artistischen, medizinischen und juristischen Hochschulen, die dann jeweils durch An- und Ausbau zum studium generale im Sinne unserer Regensburger Petition werden. In

dieser Zeit verschmelzen auch die Naturwissenschaften mit der insbesondere von den Benediktinern gepflegten Medizin, und gerade die aus Theologenschulen begründeten Generalstudien fühlen sich ohne die medizinische Fakultät unfertig. Und im Anschluß an eine Artistenhochschule entstand wohl auch der erste Ansatz einer Jurisprudenz als Wissenschaft<sup>4)</sup>.

War eine der alten scholae durch Ausbau oder Zusammenfassung zu solcher umfassenden Institutionalisierung gediehen, so bezeichnete man sie vom frühen 13. Jahrhundert an als studium generale; der Begriff Studium wird dabei in immer umfassenderem Sinne gebraucht, nicht nur für das eigene Studieren, sondern auch für den Unterricht und schließlich auch im Sinne der Bedeutung von Lehranstalt<sup>5)</sup>. Durch die Qualifizierung als Generalstudium wurde der Studienabschluß in ganz Europa anerkannt. Die hier erworbene Lehrbefähigung war eine facultas ubique docendi<sup>6)</sup>. Unter dem Begriff Hohe Schule verstand man allerdings in Deutschland mindestens bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts lediglich die Universität Paris. Über das Römische Recht kommt es dann zur Bezeichnung Universität. Universitas ist ein Begriff des corpus iuris civilis, der ähnlich wie der Begriff corpus die Bedeutung einer korporativen Verbandseinheit besitzt. Die Glossatoren zu Bologna verwenden diesen Begriff dann im selben Sinn wie collegium und societas. Und Hugolinus definiert schließlich: Universitas est plurium corporum collectio inter se distantium uno nomine specialiter eis deputato<sup>7)</sup>. Schon im 14. Jahrhundert spricht man von Universitätsstudium. Am frühesten begegnet man bezeichnenderweise dem Begriff Universität in den Urkunden der Generalstudien, die sich als erste zu Korporationen ausbilden. Gerade dadurch aber wird deutlich, daß der Begriff Universität in seinem Kern eigentlich ein Strukturbegriff ist<sup>8)</sup>.

Die beiden europäischen Universitätsgrundmodelle, und auch der Regensburger Gründungsversuch des 15. Jahrhunderts hält sich an eines dieser Modelle, sind die strukturell nicht unerheblich voneinander abweichenden, von den Trägern der Wissenschaftspflege selbst entwickelten Institutionalisierungen von Bologna und Paris. Gab es im 11. und 12. Jahrhundert schon verschiedene Schulen mit akademischer Unterrichtsgestaltung, so erlebten seit Anfang des 12. Jahrhunderts zwei dieser Institutionen eine besondere Blüte, nämlich die Generalstudien von Paris und Bologna. Die Grunddisziplinen waren an beiden Orten verschieden. In Paris war die Theologie die Urfakultät, während es in Bologna bis 1360 überhaupt keine Theologie gab. Beiden Generalstudien ist gemeinsam, daß eine bestimmte Disziplin in Bologna die Jurisprudenz, in Paris die Theologie, in einer den neuen Bedürfnissen jener Zeit entsprechenden, den Zeitgenossen bisher nicht oder ungenügend bekannten Methode von einem oder mehreren Lehrern behandelt und dadurch eine neue Epoche wissenschaftlicher

<sup>2)</sup> Georg Kaufmann, Geschichte der deutschen Universitäten, Band II, Stuttgart 1896, S. 17.

<sup>3)</sup> L. von Stein, Die Verwaltungslehre, Teil 6, Stuttgart 1883, S. 197, S. 201/202.

<sup>4)</sup> L. von Stein, a. a. O. S. 243.

<sup>5)</sup> H. Denifle, Die Entstehung der Universitäten des Mittelalters bis 1400, Graz 1956, S. 10.

<sup>6)</sup> H. Denifle, a. a. O. S. 21.

<sup>7)</sup> H. Denifle, a. a. O. S. 30.

<sup>8)</sup> H. Denifle, a. a. O. S. 31.



Forschung eingeleitet wird. So macht in Paris die besondere Zugkraft die wissenschaftliche Ausbildung der Dialektik aus sowie die Einführung neuer Methoden im theologischen Studium, in Bologna ist es die Erneuerung der Rechtswissenschaft durch Irnerius<sup>9)</sup>.

Dies vornehmlich und nicht etwa allein nur die in den Stiftungsbriefen zuerkannten Privilegien, Freiheiten und Immunitäten förderten die Entwicklung der Universität zum eigenständigen Sozialgebilde. So standen kraft kaiserlichen Privilegs alle, die das studium generale zu Bologna zwecks ihrer wissenschaftlichen Bildung aufsuchten, in besonderem kaiserlichen Schutz. Wer gegen sie vorging, hatte besonders schwere Strafe zu gewärtigen. Wurde gegen sie Klage erhoben, so hatten sie die Wahl vor ihren Professoren oder dem Bischof der Stadt gerichtet zu werden. Ähnliche Freiheiten und Gerechtsame besaß die Hohe Schule zu Paris. So entwickelte sich schließlich eine besondere universitas scholarium, der nur die aus der Universitätsstadt selbst stammenden Professoren und Studenten nicht oder doch nur in beschränkter Weise zugerechnet wurden<sup>10)</sup>. Im Zuge dieser korporativen Ausgestaltung institutionalisierter Wissenschaftspflege entstand innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit die eigentliche innere Struktur der Universität, zwar je nach dem Ort Bologna oder Paris differenziert; es war aber doch im Kern ein gleichförmiges, europaweites Universitätskonzept. Ob nun, wie in Bologna, die Grundgliederung durch die Unterteilung der Studenten nach nationes erfolgt oder, wie in Paris, von der universitas magistrorum her ihren Anfang nimmt, es kommt zur Rektoratsverfassung, in der die wechselnden hierarchischen Spitzen, Rektoren und Dekane, *primi inter pares* sind. Es bilden sich die *scientiae* oder *facultates* aus Artisten, Theologen, Juristen und Medizinern; und diese akademische Hierarchie setzt sich durch in Paris gegenüber dem Kanzler der Kathedrale, in Bologna gegenüber dem Archidiakon der Stadt<sup>11)</sup>. Es gibt aber doch auch entscheidende Strukturunterschiede der beiden Grundmodelle. Die innere Struktur der Universität zu Paris ruht auf der Vereinigung des Magisteriums der vier Fakultäten. Das Essentielle der Universität und ihr Grundstock ist das *consortium professorum*. Dieses *consortium magistrorum* der Universität Paris ist aber nicht identisch mit dem *collegium doctorum* der Universität Bologna; denn dieses Collegium entsteht eigentlich außerhalb der Universität. Grundelement der Bologneser Struktur ist die Scholarenverbindung, d. h. die Bildung freier wissenschaftlicher Genossenschaften auf fremdem Boden, in ihrer rechtlichen Gestalt in vielem ähnlich den ausländischen Kaufmannsgenossenschaften auf italienischem Boden wie wir sie etwa im *fondaco dei tedeschi* zu Venedig vorfinden. Die Universität von Bologna ist somit eigentlich eine korporative Dachorganisation für mehrere in sich geschlossene Korporationen<sup>12)</sup>.

Aus dieser genossenschaftlichen Grundstruktur der mittelalterlichen Universität, in Bologna vielleicht etwas stärker als in Paris, sowie ihrer Eigenständigkeit und Übernationalität ergibt sich dann ihre eigentümliche Sozialauffassung. Die nationale Zugehörig-

keit des Professors oder des Studenten spielt überhaupt keine Rolle; aber das war für das Mittelalter, die Zeit der Staatlosigkeit der europäischen Bevölkerung, nichts Besonderes; das europäische Leben war noch eins und fühlte sich gerade im Bereich der Wissenschaft als eine Einheit. Die Universitäten zu Bologna und Paris anerkannten aber, und dies ist merkwürdig für diese Zeit, auch keine Standesunterschiede; und nicht nur das, die Universität setzte die allgemeine Anerkennung dieser Besonderheit für ihren Bereich als ein Staat im noch nicht zum Staat gewordenen Gemeinwesen durch. Die soziale Herkunft der Magister und Studenten ist für die Wissenschaftspflege ohne Belang. Selbst die sonst so sehr gehütete kirchliche Ständescheidung greift hier nicht Platz, was sichtlich gegen die so oft vorgetragene These vom klerikalen Charakter der mittelalterlichen Universität spricht. Und als man 1229 an der Universität zu Paris Mönchen den Zutritt zur Lehrkanzel verweigern will, erstattet in diesem Streit Thomas von Aquin sein berühmt gewordenes Gutachten, wonach die Zugehörigkeit zur akademischen Korporation unabhängig vom Ansehen der Person oder des Standes sei, sich vielmehr allein bestimme von der wissenschaftlichen Befähigung her. Von der mittelalterlichen Universität aus nimmt daher die Beseitigung der Standesunterschiede in Europa ihren Anfang.

Und so wünscht man sich auch in den Ländern nördlich der Alpen gar bald eine Hohe Schule dieser Art. 1348 gründet Karl IV. nach dem Muster von Paris die Universität zu Prag. Beinahe wäre dem Kaiser der Großmeister des Deutschen Ordens Winfried von Knieprode mit einer Universitätsgründung in Ostpreußen zuvorgekommen. Im übrigen wurde in Prag nicht nur die Pariser Struktur nachempfunden, sondern die Universität in Prag, wie auch die in Paris, aus der alten erzbischöflichen Klerikerschule herausentwickelt. Die Gründung von Prag bringt, wie auch die anderen mittelalterlichen Gründungen nördlich der Alpen, kaum neue hochschulpolitische Gedanken zum Tragen. Wohl aber übernimmt Prag auch einiges aus dem Konzept von Bologna. Es folgt in ähnlicher Weise die Gründung der Universitäten in Wien 1384, in Heidelberg 1385, in Köln 1388, in Erfurt 1392 und nach der Prager Sezession die Gründung in Leipzig 1409; alle diese Gründungen, bis auf die Gründungen in Erfurt und Köln, sind staatliche, d. h. kaiserliche oder landesherrliche Gründungen. Sie übernehmen alle ein hochschulpolitisch erprobtes, allseits anerkanntes Strukturkonzept und mit der Struktur sofort die Autonomie der Universität. Die Autonomie der Universität, die in Bologna und Paris erkämpft werden mußte, fällt also den deutschen Gründungen des 14. und 15. Jahrhunderts mühelos in den Schoß<sup>13)</sup>.

Als man 1487 für Regensburg eine Universität plante, waren diese deutschen mittelalterlichen Universitätsgründungen bereits abgeschlossen; und vorbei war auch die Zeit, wo man von der mittelalterlichen Universität mit Laetitia Böhm sagen konnte: „Bis zum 14. Jahrhundert hatte die Universität eine Rechtsgestalt mit weltweiter autonomer Verfassung gewonnen, deren Wurzeln der Erkenntnisoptimismus, die Einheit der wissenschaftlichen Weltanschauung und die Einheit von Methode und Ziel waren; deren Sinn sich erfüllte durch die organisatorische Zusammenfassung der Disziplinen im universalistischen

<sup>9)</sup> H. Denifle, a. a. O. S. 47.

<sup>10)</sup> G. Kaufmann, Geschichte der deutschen Universitäten, Band I, Stuttgart 1888, S. 99.

<sup>11)</sup> Laetitia Böhm, Die Universitäts-Idee in der Geschichte, Chronik der Ludwig-Maximilians-Universität München 1961/62, Anhang S. 189 ff. [S. 197/198].

<sup>12)</sup> H. Denifle, a. a. O. S. 68.

<sup>13)</sup> Helmut Schelsky, Einsamkeit und Freiheit [Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen] RO 1963, S. 17.



Geist der Scholastik und im korporativen Zusammenschluß der Wissenschaftstreibenden. Diese Universität war sich Selbstzweck, ihre Gradverleihungen dienten der Selbstergänzung. Sie hatte einen festen, vornehmen Ort in der Gesamtkultur. Der hohen Wertschätzung der scientia konnte kaum besser Ausdruck verliehen werden, als es ein Staatsdenker des späten 13. Jahrhunderts, Alexander von Roes, tat, wenn er das von Paris ausgegangene studium den zwei universalen Weltämtern sacerdotium und imperium nebenordnete." Alle Universitätsgründungen nach Leipzig, also etwa ab der Freiburger Gründung 1455 bis zur Gründung der Universität Frankfurt a. d. Oder 1507, sind bereits Gründungen im Zeichen des in Deutschland heraufkommenden Humanismus. Gründungen dieser Art sind daher insbesondere die Universität Greifswald 1456, die Universität Ingolstadt 1472 – sie sollte zwar dieselben „Ehren haben wie Athen, Bologna und Wien“, aber sie ist trotzdem keine mittelalterliche Gründung mehr –, ferner die Universität Tübingen 1477 und nach Tübinger Vorbild schließlich 1502 die Universität Wittenberg.

Wäre schon 1487 die Universität Regensburg gegründet worden, so wäre sie also eine landesherrliche, eine humanistische Gründung geworden, sichtlich gedacht als Rivalin der Universität Ingolstadt. Dazu kam es aber trotz des päpstlichen Breves aus drei Gründen nicht: Einmal verhinderte der Kaiser in der Folge (1492) aus verständlichen politischen Gründen die Inkorporierung der Stadt Regensburg in das Herzogtum Bayern, zum anderen fehlten für die Alimentation der Universität die wirtschaftlichen Grundlagen, nachdem der Papst die Verwendung von Klostergut untersagt hatte, und zum letzten, auf Grund des Kölner Schiedsspruchs von 1505 fällt dem Münchener Wittelsbacher Herzog Albrecht das Herzogtum seines Vetters, also auch Stadt und Universität Ingolstadt, zu. Damit besaß er seine landesherrliche Universität, die er nicht zuletzt für die Heranbildung akademisch geschulter Kräfte erstrebte.

An der Schwelle der Neuzeit entstehen in Deutschland die landesherrlichen Universitäten und mit ihnen entsteht ein neues Berufsbildungswesen höchster Stufe. Als Träger solcher Berufsbildung erscheinen sie jedem Landesherrn unentbehrlich und erringen großes Ansehen. Sie sind Korporationen mit anerkannter Autonomie und weitgehender Selbstverwaltung; sie erlassen Statuten und wachen über diese Statuten. Eingriffe öffentlicher Gewalt weisen sie nach Kräften zurück, meist in höflicher und untertäniger Form, gelegentlich aber auch mit ziemlicher Schroffheit<sup>14)</sup>. Entgegen aller Erwartung hat der Humanismus nicht die gerade damals erforderlichen tiefgreifenden Reformen der Universität durchgesetzt. Vielleicht liegt das aber daran, daß im Universitätsbereich gar bald die Reformation dem Wirksamwerden des Humanismus ein Ende setzte. Jedoch bleibt festzustellen, daß die deutschen Universitäten ein Menschenalter vor der Reformation keineswegs gesund und voll funktionsfähig waren, vielmehr in hohem Maße reformbedürftig. So hielt im Jahre 1495 nur ein einziger von den ordentlichen Professoren der juristischen Fakultät der Universität Köln seine Vorlesung selbst; alle anderen ließen ihre Lehrveranstaltungen durch Vertreter abhalten.

Die damals erforderlichen Reformen führen die deutschen Universitäten erst im Gefolge der Reformation

<sup>14)</sup> G. Kaufmann, a. a. O., Bd. II, Stuttgart 1896, Seite 470.

## Auch wenn man jung ist, sollte man an die Zukunft denken.



Wenn Sie erst nach Ihrer Pensionierung damit beginnen, sich um eine andere Wohnung zu bemühen, ist es oft zu spät, eine Ihren Verhältnissen und Wünschen entsprechende Wohnung zu finden. Eine Verschlechterung Ihres Wohnungsstandards ist oft die Folge. Sorgen Sie deshalb vor. Schließen Sie so früh wie möglich einen BHW-Bausparvertrag ab! Mit niedrigen Sparraten, Zinsen und Wohnungsbauprämien sammeln Sie die Mittel an, die Sie benötigen, um Ihren Lebensstandard auch im Alter zu sichern.

## Leichter mit dem Beamtenheimstättenwerk



Bausparkasse für  
Angehörige des  
öffentlichen Dienstes  
325 Hameln (Weser)  
Kastanienwall

Fordern Sie noch heute  
unsere Schrift „Heimstätten  
für Angehörige des  
öffentlichen Dienstes“ an, die  
wir Ihnen auf Wunsch  
kostenlos zusenden.



durch. Zunächst scheinen Humanismus und Reformation verwandte Strömungen zu sein, die in ihren Reformbemühungen für die Universität Hand in Hand gehen. Die beiden Bewegungen waren sich jedoch offensichtlich nur einig in der Negation des Überkommenen und gar bald ruft Erasmus aus, „so weit das Luthertum herrscht, gehen die Wissenschaften zugrunde.“<sup>15)</sup> Die Reformation, die an einer verhältnismäßig jungen Universität ihren Anfang nimmt, führt aber schließlich doch zu einer wissenschaftlichen und geistigen Auseinandersetzung größten Ausmaßes, die einerseits die alten Universitäten belebt, zum anderen zur Gründung neuer Universitäten führt, die ihrerseits wieder zu wissenschaftlichen Stützpunkten der Reformation bzw. der Gegenreformation werden. So werden als Reformationsuniversitäten gegründet 1521 Marburg, unter Hilfestellung Melanchthons 1544 Königsberg, als Tochtergründung der Universität Wittenberg 1558 Jena, wo dann ein Schüler Luthers, Matthias Flacius Illyricus lehrt, der sich lutherischer zeigt als Luther selbst<sup>16)</sup> und mit dessen Hilfe dann später eine Reformationsuniversität in Regensburg gegründet werden soll. Als Universitäten der Gegenreformation werden gegründet 1554 Dillingen, 1582 Würzburg, 1672 Innsbruck. Zum Kreis der deutschen Reformationsgründungen ist schließlich auch noch zu zählen die 1694 gegründete Universität Halle, die damals mit deutlicher Frontstellung gegen die Universität Wittenberg etabliert wird. In dieser Epoche der deutschen Universitätsgeschichte, im 16. und 17. Jahrhundert, versucht man auch in Regensburg zweimal eine Reformationsuniversität zu gründen. Als ein Schüler Luthers, Matthias Flacius, Lehrer der Theologie an der eben erst gegründeten Hohen Schule zu Jena 1562 dort vertrieben wurde, kam er mit Weib und Kind sowie etlichen seiner Studenten nach Regensburg. Er galt als einer der unruhigsten Köpfe des Luthertums und trug den Beinamen Illyricus, weil er aus Labin im kroatisch besiedelten Teil der Halbinsel Istrien stammte. Das Regensburger Stadtarchiv verwahrt noch den Brief, den Nicolaus Gallus, damals Pfarrer der Neuen Pfarre und Freund des Matthias Flacius, am 17. März 1562 an den Rat der Stadt Regensburg schreibt, mit der Bitte, in Regensburg eine Hohe Schule unter dem Gründungsrektor Matthias Flacius Illyricus zu errichten. Man wisse sowieso wegen der an den Universitäten weithin verbreiteten falschen Lehren nicht mehr, auf welche Universität man die jungen Leute schicken solle; zudem habe Matthias Flacius Studenten aus Jena bereits mitgebracht und etliche Studenten werde man aus Nürnberg gewinnen. Schließlich müsse man sich in Regensburg sowieso überkommenerweise um die Prädikantenausbildung für Österreich kümmern. Der gut lutherisch gesinnte Rat der Stadt Regensburg war wohl geneigt, dem Matthias Flacius Illyricus Unterschlupf zu gewähren, wollte sich aber für seine kühnen Vorhaben nicht ohne weiteres einspannen lassen; denn man wußte im Rat der Stadt Regensburg sehr wohl, daß der Kaiser eine evangelische Universität Regensburg kaum dulden würde, zumal der Kroat Matthias Flacius sichtlich daran dachte, das Gedankengut der Reformation von hier aus in die slawische Welt hineinzutragen. Matthias Flacius Illyricus war in aller Heimlichkeit nach Regensburg gekommen; und kaum war etwas von seinem Regens-

burger Aufenthalt durchgesickert, erhielt der damalige rechtskundige Stadtdirektor der Stadt Regensburg Dr. Johann Hiltner vom kaiserlichen Sekretär Wolf Haller ein vertrauliches Schreiben, worin dieser die Stadt Regensburg unter Hinweis auf den Zorn des Kaisers und einzelner Fürsten über diesen unruhigen Menschen vor dessen Aufnahme in der Stadt drohend warnte<sup>17)</sup>. Man diskutierte wohl in Regensburg dieses Universitätsprojekt in aller Heimlichkeit einige Zeit, ließ es aber dann fallen.

Der Gedanke, eine solche Reformationsuniversität zu gründen, taucht dann 1633 wieder auf, als die Schweden unter Bernhard von Weimar die Reichsstadt Regensburg erobert hatten. Nachdem sofort alles katholische Kirchengut in Regensburg eingezogen worden war, verfügte man nunmehr durchaus über die finanziellen Mittel, um an eine Universitätsgründung gehen zu können. Die Rückeroberung der Stadt Regensburg durch die kaiserlichen Truppen im darauffolgenden Jahr 1634 setzte jedoch auch diesen Plänen ein Ende.

Bis zur Eingliederung der Reichsstadt Regensburg in das Königreich Bayern taucht dann der Gedanke einer Universitätsgründung in Regensburg nicht mehr auf. Das erscheint verständlich für die unmittelbare Nachkriegszeit nach der Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges, muß aber verwundern für die zweite Hälfte des 17. und für das 18. Jahrhundert. Der Immerwährende Reichstag, der von da ab in dieser Stadt seinen Sitz hatte und in diesem Saale tagte, führte ständig eine große Zahl glänzender Köpfe aus allen Teilen Deutschlands nach Regensburg. Die ganze Atmosphäre mußte doch einen überaus günstigen Nährboden z. B. für eine Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät abgeben. Aber nirgends findet sich ein entsprechender Ansatz. Oder wollte man vielleicht ganz bewußt von diesem Zentrum des damaligen politischen Geschehens die über die Jahrhunderte immer gleich unruhigen Studenten fernhalten?

Wäre eine Universität Regensburg damals gegründet worden, so wäre sie eine Universität der Aufklärung geworden. Damit bezeichnen wir die Reihe der Universitätsgründungen, die in Deutschland etwa mit der Universität Göttingen 1737 einsetzt. Sie ist die erste deutsche Universitätsgründung, die zwei Jahrhunderte nach der Reformation nun nicht mehr von Reformation und Gegenreformation, sondern von alten humanistischen Idealen und der Aufklärung bestimmt wird. Wohl hatten schon Gesichtspunkte, die man durchaus als Elemente der Aufklärung bezeichnen muß, auch bei der gegen Wittenberg gerichteten Universitätsgründung Halle 1694 eine Rolle gespielt, doch ist Halle im Ergebnis doch noch eine Reformationsuniversität; während die Gründung der Universität Erlangen im Jahre 1743, schon durch den bekannten Brief Luthers an den Markgrafen von Ansbach/Bayreuth vom 18. Juli 1529 angeregt, von vielen daher als eine späte Reformationsgründung bezeichnet, schon in ihrem Beginn eine echte Universität der Aufklärung ist. Die Zeit der Aufklärung hat nicht, wie man vielleicht anzunehmen geneigt ist, den Universitäten eine Periode des Wachstums und der Blüte beschert. Ganz im Gegenteil, zu Ende des 18. Jahrhunderts überlegte man sich allorts ernstlich, ob man nicht die bisherige Universität als höchste Bildungsinstitution überhaupt aufheben

<sup>15)</sup> Friedrich Paulsen, Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium, Berlin 1902.

<sup>16)</sup> R. Graf Du Moulin-Eckart, Geschichte der Universitäten, Stuttgart 1929, Seite 215.

<sup>17)</sup> Wilhelm Preger, Matthias Flacius Illyricus und seine Zeit, Bd. II 1861, Seite 228 ff.



und durch etwas anderes ersetzen sollte. Mit dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation verschwanden dann zahlreiche Universitäten von der Hochschulkarte Deutschlands, insbesondere sehr viele Hochschulen der mediatisierten geistlichen Territorien gingen unter, eine bildungspolitische Katastrophe größten Ausmaßes, von der sich eigentlich bis heute der katholische Bevölkerungsteil in Deutschland noch nicht erholt hat. In diesem Zusammenbruch wurde aber gleichzeitig die neue deutsche Universität des 19. Jahrhunderts geboren, die nun in bislang nicht gekannter Form ein völlig neues hochschulpolitisches Konzept verwirklichte. Die Forschung wird nunmehr in den Vordergrund gerückt. Aus der Forschung muß sich der akademische Unterricht ergeben. Forschung und Lehre bilden in diesem Konzept eine Einheit, wobei der Akzent durchaus auf der Forschung liegt. Der Student soll den Umgang mit der lebendigen Wissenschaft erfahren, irgendwie in seinem Studium die Forschungsspitze seiner Disziplin sehen und kennenlernen. Und diesem akademischen Studium soll neben der Berufsbildung auch eine eigentümliche höchste Bildungskraft innewohnen, die nach Humboldt neben der höchsten Bildung auch die höchste Gesittung schafft. In diesem Geiste wurde Berlins Universität 1809 gegründet und diese Universitätsstruktur hat bis in unsere Tage das Gesicht der deutschen Universität geprägt. Und wenn wir heute in Deutschland von Universität sprechen, so meinen wir immer noch diese Universitätsstruktur, wie sie dem Konzept Humboldts entsprang. Diese Gründung ist vom Geist des Neuhumanismus und Idealismus getragen; sie war auf die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts zugeschnitten. Sie war auch als Reform- und Modelluniversität Preußens gedacht; ihr sind nachgebildet die Universität Breslau, gegründet 1811, und die Universität Bonn, gegründet 1818.

Etwa um dieselbe Zeit versuchte man auch Bayerns Landesuniversität in Ingolstadt zu reformieren. Sofort nach seinem Regierungsantritt holte Kurfürst Max Josef von seinen Ingolstädter Professoren Verbesserungsvorschläge ein, die unmittelbar die Einführung der Institution des Privatdozenten auslösten. Im Mai des Jahres 1800 nahm man eine für Ingolstadt akute Kriegsgefahr zum Anlaß der Verlegung dieser Universität nach Landshut. Dort nahm sie bis zu ihrer Verlegung nach München am 31. Mai 1826 einen bedeutenden wissenschaftlichen Aufschwung. Hier wurde auch Bayerns Illuminatenbewegung sehr wirksam. Die Landshuter Jahre dieser Universität werden geprägt durch Gelehrte wie Mooshamm, Fessmaier, Nik. Thad. Gönner, Anselm von Feuerbach, Savigny, Mittermaier, Röschlaub, Thiedemann, Schultes, Reisinger, Hermann Schollner und Michael Sailer. Da Landshut als Universitätsstandort von Anfang an umstritten ist, denkt man sehr bald an eine neue Verlegung der Universität, wobei die bayerische Staatsregierung eine Verlegung nach Regensburg ins Auge faßt. Regensburg war vor kurzem Bayern einverleibt worden. Die Transferierung der alten bayerischen Landesuniversität nach Regensburg sollte für die frühere Reichsstadt nicht nur Ersatz für das Verlorene sein, sondern vor allem auch eine starke neue Verbindung zwischen Regensburg und dem neuen bayerischen Staat schaffen. Hinzu kam, daß man sich auch noch vergangener gemeinsamer Bemühungen um eine Universität in Regensburg erinnerte. Ein Standort München schien der Staatsregierung für eine Universität nicht erstrebenswert, da man sich in der politischen Zentrale sichtlich die Studenten vom Leibe

halten wollte. Landshuter Professoren nahmen bereits wegen der Unterbringung der Professoren und Studenten mit der Stadt Regensburg Verbindung auf, die ihrerseits alle nur erdenkliche Hilfe zusagte. Die eben eingezogene ehemals gefürstete Reichsabtei St. Emmeram erschien allen als durchaus repräsentative Heimstatt für die bayerische Alma mater. Doch der König war anderer Ansicht als seine Staatsregierung; er wollte seine alten Freunde unter den Professoren nach München ziehen. Und mit dem Einwand, man könne den depossidierten Fürststift von Sankt Emmeram, der mit einigen Mönchen noch im Kloster lebte, nicht weiter molestieren, fiel er seiner Staatsregierung in den Arm und verfügte die Verlegung der Universität von Landshut nach München. Damit war wieder eine Regensburger Hoffnung auf eine Universität in ihren Mauern zunichte geworden.

Erneut regt sich dann der Universitätsgedanke in Regensburg zu einer Zeit größter Not unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg. Eine große Zahl aus Krieg und Kriegsgefangenschaft zurückgekehrter Studenten hatte sich an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Regensburg, der alten Albertina, eingeschrieben und versuchte, da die zum Teil erheblich zerstörten alten Universitäten nicht mehr aufnahmefähig waren, hier ihr Studium zu beginnen bzw. fortzusetzen. Viele von ihrer bisherigen Wirkungsstätte vertriebene Professoren, die nach Regensburg gekommen waren, ermöglichten dieses Vorhaben. Über eine Erweiterung der Regensburger Albertina schien es in diesen Jahren zu einer spontanen Universitätsgründung aus wilder Wurzel zu kommen. Bereits über 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>tausend Studenten waren in Regensburg inskribiert. Trotz erfolgversprechender Ansätze und hoher Studentenzahlen wurde diesen Anfängen jedoch gewehrt. Lokale Egoisten sowie eine völlige Verkennerung der Bildungs- und Hochschulsituation des Landes durch die damals Verantwortlichen führten zu einer kulturpolitischen Fehlentscheidung, die einen nicht unerheblichen Beitrag zu der heute so schwierigen Hochschulsituation Bayerns geleistet hat. Wir könnten bereits jetzt eine voll ausgebaute vierte Landesuniversität besitzen, wenn neben Mainz, Saarbrücken und der Freien Universität Berlin auch eine bayerische Universität in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegründet worden wäre.

Mit Landesgesetz über die Errichtung einer Universität in Regensburg vom 18. Juli 1962 wurde wohl diese Entscheidung revidiert. Mit 10 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung beschloß der Bayerische Landtag dieses Gesetz, d. h. die beiden großen politischen Parteien stellten sich einmütig hinter diese Gründung, lediglich die Freie Demokratische Partei oder deutlicher gesagt, hinter ihr stehende ideologische Gruppierungen waren einer Universitätsgründung in dem als konservativ geltenden ostbayerischen Raum abgeneigt, eine Abneigung, die, wie gelegentliche Angriffe immer wieder zeigen, bis heute noch nicht überwunden zu sein scheint.

Wie kaum anderswo in Deutschland hat die Gesamtbevölkerung Ostbayerns um ihre Universität in den letzten 20 Jahren gekämpft. Es war nicht leicht sie durchzusetzen. Erst 1964 auf 1965 kam die eigentliche Gründung in Gang. Verschiedene, rein ideologisch motivierte Angriffe, vordergründig dem jeweiligen Rektor zugedacht, hintergründig aber als Hemmschuh für den Gründungsfortgang gemeint, vermochten jedoch den Aufbau der jungen Universität nicht ernst-



lich zu gefährden. Nachdem eine moderne, neue Reformgedanken aufnehmende Universitätsstruktur geschaffen und eine vorläufige Universitätsverfassung erarbeitet worden war, konnte bereits im Wintersemester 1967/68 die Universität mit drei Fakultäten ihren Studienbetrieb aufnehmen. Im zweiten Studiensemester, das wir eben begonnen haben, weisen die Matrikel der neuen Landesuniversität in Regensburg bereits eine vierstellige Zahl an Studierenden aus. Im Gegensatz zu den mittelbaren Nachkriegsgründungen wird man wohl die Universitätsgründungen der Gegenwart: Bochum, Konstanz, Ulm und Regensburg als Reformgründungen bezeichnen müssen. Unter diesen Reformgründungen zeichnet sich die Struktur der Universität Regensburg insbesondere dadurch aus, daß man hier eine bruch sichere Legierung von alt und neu versucht. Die Universität Regensburg steht in der Tradition der alten europäischen Universität, sie versucht aber, im Zusammenwirken der Disziplinen und im Studienbetrieb, neue Wege zu gehen. Die Gründung dieser Universität erfolgt in einer hochschulpolitisch außerordentlich schwierigen Atmosphäre. Zum Gründungswagnis, das jeder Universitätsgründung eigen ist, kommt heute noch das Wagnis der allseits postulierten Reform, des Suchens nach dem zeitgerechten, gesellschaftsadäquaten Weg einer Universität, die an der Schwelle zum dritten Jahrtausend gegründet wird. Die Gründungsphase dieser Universität fällt schließlich in eine Zeit, in der mehr von der Universität gesprochen und gefordert wird als je zuvor und in der vor allem auch sehr viele in der Diskussion um die deutsche Universität das Wort nehmen, die nicht oder kaum wissen, was ihrem innersten Wesen nach diese Universität sein muß.

Und auch die jüngste deutsche Universität ist eben eine europäische Universität, die in ihrer deutschen Spielart, und hierin hebt sie sich von den beiden anderen großen europäischen Universitätsgruppen, der romanischen und der angelsächsischen Gruppe, sichtbar ab, in besonderer Weise die Einheit von Forschung und Lehre sowie die Kongruenz von wissenschaftlicher und beruflicher Ausbildung entwickelt hat. Die deutsche Universität hat sich im übrigen von der mittelalterlichen Grundform auch weiter weiterentwickelt wie z. B. die angelsächsische Universität. Alle europäischen Universitäten aber

haben insbesondere in den beiden letzten Jahrhunderten ihren nationalen Zuschnitt erhalten, wie überhaupt in dieser Zeit die Universitäten leider das Bewußtsein ihrer gemeinsamen europäischen Eigenart und Mission zu einem guten Stück ihrem Nationalbewußtsein geopfert haben. Wie sehr aber die Wissenschaft, wie überhaupt alles geistige Leben, das dauerhafteste Band zwischen den Völkern darstellt und wie sehr das gemeinsame europäische Erbe interuniversitates noch wirksam ist, erleben wir gerade in diesen Tagen, wo die wissenschaftlichen und persönlichen Kontakte mit den osteuropäischen Universitäten intensiviert werden können. Und wie sehr auch die Universität schon um ihrer Wirksamkeit auf die sich ständig wandelnde Gesellschaft willen ipso iure eine universitas semper reformanda sein wird, im letzten muß sie autonome Universität bleiben, Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit, wohl nicht unpolitisch, aber in der nötigen Distanz von Gesellschaft und Politik, weder Außenstelle des Imperiums oder Sacerdotiums noch auch Freistatt für Revolutionäre. Ob es der deutschen Universität gelingt, sich als selbständige, international anerkannte geistige Kraft zu erhalten, ob sie vor allem die schon in ihrer Geburtsstunde im hohen Mittelalter erkämpfte Autonomie der Wissenschaft und ihrer Träger, die jetzt unter banalem Fortschrittsgeschrei verlorenzugehen droht, zu wahren vermag, ist die brennende Frage unserer Tage.

Mögen alle, die heute die hochschulpolitische Auseinandersetzung um die, wie je kaum zuvor herausgeforderte Universität, verantwortlich führen, bei allen ihren Zukunftsvisionen nicht vergessen, was Universität überhaupt heißt und wie ihre Grundidee über die Jahrhunderte in Europa und von da aus in der Welt Gestalt gewonnen hat, und daß von ihr vor einem Jahrhundert Lorenz von Stein im 6. Band seiner großen Verwaltungslehre geschrieben hat: „Soweit das menschliche Auge in der Weltgeschichte reicht, gibt es nur zwei Dinge, die sich zu solchen geistigen dauernden Weltmächten erhoben haben; es sind das Christentum mit seinen Kirchen und die Wissenschaft mit ihren Universitäten.“ ... „Es gibt eine Idee der Universität und die wird ewig eine europäische bleiben.“<sup>18)</sup>

<sup>18)</sup> L. v. Stein, Verwaltungslehre, Teil 6, Stuttgart 1883, S. 199/200.

## FEFAS-Tätigkeitsbericht für den Vertretertag 1968 Regensburg

von OPDir E. Schilly, Saarbrücken

Es mag Ihnen nicht nur vermessen erscheinen, wenn ich die FEFAS, ihr Wirken und ihre nach franz. Recht nunmehr legalisierte Existenz überhaupt in einen wie immer auch gedachten Zusammenhang mit europäischen Organisationen anderer Art in Verbindung bringe. Sie gehen auch nicht fehl in der Annahme, daß ich Ihnen mit diesem Hinweis Überlegungen vortragen möchte, die eine Erklärung ermöglichen, warum wir noch nicht viel weiter sind.

Wenn ich den Komperativ „weiter“ gebrauche – der Komperativ ist stets geeignet, sowohl den eigenen Stolz als auch die Insuffizienz gegenüber dem normgebenden Indikativ zu demonstrieren –, dann muß ich die Zusammenschlüsse in die Betrachtung einbeziehen, die sich um andere Gemeinsamkeiten ge-

bildet haben. Zu einem echten Vergleich allerdings eignen sich nicht die Gebilde, durch deren Lebensadern materielle Vorteile fließen, derartige Propagandaunternehmen leben gut, solange eine politische Konzeption die Haushalts- und Finanzausschüsse zu überzeugen vermag oder die wirtschaftliche Vernunft den Public-Relations-Abteilungen der wirtschaftlichen Unternehmen keine unhaltbaren Rentabilitätserwägungen zumutet. Vereinigungen auf der Grundlage der kommerziellen Anwendung – ich betone Anwendung – technischer Verfahren leben aus der Pragmatik ihrer Vorgegebenheiten; die Internationalität ist von der Aufgabe her gegeben und ihre Fortentwicklung wird geradezu diktiert von der Logik wissenschaftlicher Vorgänge, deren Überzeugungs-



kraft in einer liberalen Wirtschaftsstruktur durch die Zwangsläufigkeit internationaler Verflechtungen noch eine Art von zusätzlicher und selbstbetätigender Unanfechtbarkeit erhält. An der rationalen und rationellen Lösung einer von unaufhaltsamen Bedürfnissen diktierten Aufgabe mitwirken zu können oder gar zu müssen, ist eine ideale Existenzgrundlage für Vereinigungen, in denen sich die aktiven Gestalter unserer Welt von heute zusammenfinden.

Demgegenüber ist festzustellen, daß die europäischen Verwaltungsstile sehr differenziert sind, und ich halte es zunächst noch für einen in unserer Zeit typischen fetischistischen Aberglauben anzunehmen, dem Computer gelänge ihre Vereinheitlichung, selbst wenn ich den Wert kommerzieller Beschleunigungstriebwerke hierbei nicht unterschätze. Es wird stets noch ein Reservat des Verwaltungsdschungels übrig bleiben, in dem nicht aufhebbare nationale Eigenarten dahinbrüten, von denen nicht die letzte das System z. B. der Besoldungen ist, in dessen verschlungenen Pfaden selbst die Techniker mehr oder weniger gläubig umherwandeln und ihre Energie für andere Aufgaben freihalten. In dieser viel stärker als das Fernmeldewesen der historisch gewachsenen Vielfalt preisgegebenen Welt der Verwaltung, die natürlich auch die Disparität ihrer Vertreter fördert, bewegt sich die Arbeit der FEFAS. Es ist daher nur zu verständlich, wenn sie sich unter Schwierigkeiten bemüht, zunächst zu einer gemeinsamen Sprache in den menschlichen Beziehungen zu kommen, die im Bereich der Technik mit dem Begriff der Kommunikation überzeugender und vordergründiger geschaffen zu sein scheint: Verständigung im technischen und zwischenmenschlichen Sinne. Und die Eigengesetzlichkeit, die selbst noch im verbandsmäßigen Zusammenschluß von Technikern wirkt, bewahrt deren Organisationen auch vor der mehr oder weniger offenen Konkurrenz anderer internationaler Verbände, die sich weiter im Bereich der FEFAS abzuzeichnen beginnt. Man ist versucht zu sagen, das Normal-Menschliche eignet sich offenbar besser zu vielfältiger Pflege. Darin dürfte auch der Grund dafür zu suchen sein, daß es immer noch erst 4 Länder sind, die der FEFAS mehr als einen Brief widmen. Das enge nationale Korsett aus verbandspolitischem Gestänge schnürt manchen guten Willen offenbar doch noch stärker ein, als es der rhetorische Elan freundlicher Sympathieäußerungen verrät.

Seit unserer letzten Jahrestagung fanden 4 Vorstandssitzungen der FEFAS in Paris, Rom und Rotterdam statt, anläßlich der Sitzung im November 1967 hatten Herr Pr Dr. Wiesemeyer und ich auch Gelegenheit, an der Jahrestagung der Vereinigung ehemaliger Schüler der ENSPTT teilzunehmen, und die Ehre bei

#### **BHW auch 1968 mit 4,5 %**

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen hat dem Beamtenheimstättenwerk, der gemeinnützigen Bausparkasse für den öffentlichen Dienst, Berlin und Hameln, der drittgrößten deutschen Bausparkasse, die Genehmigung erteilt, den Zinssatz für Zuteilungsdarlehen im Jahre 1968 wiederum von 5 % auf 4 1/2 % jährlich zu ermäßigen. Die geschäftliche Entwicklung gestattet es dem BHW, seit dem Jahre 1956 auf 1/2 % der in den Bausparbedingungen vorgesehenen Darlehenszinsen von 5 % zu Gunsten der Bausparer zu verzichten.

## **Vereinigte Bauunternehmen OHG**

**6333 Braunfels/Lahn**



**TIEFBAU**

**Kabelverlegung**

**Erdb Bohrungen**

**BRAUNFELS**

Telefon 06442/4548

**Zweigstelle Hundstadt - Telefon 06086/374**

dieser Gelegenheit auch dem französischen Postminister vorgestellt zu werden. Zur allgemeinen Tätigkeit der FEFAS ist zu bemerken: der Vorstand richtete sein Augenmerk zunächst weiter auf die Fühlungnahme mit den Verwaltungen der CEPT-Mitgliedsländer und den bestehenden gleichartigen Verbänden. Das geschah schriftlich durch offizielle Mitteilungen vom 10. Mai 1967 über die Gründung der FEFAS und durch unmittelbare Kontaktaufnahme mit einzelnen Kollegen der verschiedenen Länder, um auf diesem Wege die nationalen Organisationen als solche zu unterrichten bzw. Einzelmitgliedschaften anzuregen. Die Antworten der CEPT-Verwaltungen waren positiv, die der nationalen Vereinigungen lauteten weniger ermutigend. Hierzu zwei Beispiele: in England existiert keine besondere Vereinigung der höheren Postbeamten. Sie bilden nur eine Gruppe innerhalb der Vereinigung der Angehörigen des höheren Dienstes, des allgemeinen „Civil Service“, so daß eine englische Mitgliedschaft in der FEFAS z. Z. nicht möglich ist. Die englischen Kollegen wollen jedoch laufend über die Entwicklung der FEFAS unterrichtet werden. Für die belgischen Kollegen ist eine korporative Mitgliedschaft ebenfalls ausgeschlossen, dagegen sind Einzelmitgliedschaften möglich, wie sich aus einer Unterredung zwischen dem Präsidenten der FEFAS und einem belgischen Kollegen Anfang dieses Jahres ergeben hat. — In Holland hat sich eine Gruppe von höheren Postbeamten für die Mitgliedschaft in der FEFAS interessiert; da Holland jedoch schon mit seiner allgemeinen Vereinigung der höheren Postbeamten Mitglied ist, wurde diese Gruppe auf die Möglichkeit der Einzelmitgliedschaft verwiesen. Es erweckt überhaupt den Anschein, als ob auf dem Wege über die Einzelmitgliedschaft die spätere Mitgliedschaft von Gruppen und Vereinigungen bessere Chancen habe. Der Präsident der FEFAS hat auch Kontakt mit dem Internationalen Beamtenverband (CICF = Confédération Internationale des Corps des Fonctionnaires) in Brüssel aufgenommen, einer Vereinigung ohne parteipolitischen Charakter, der neben dem Deutschen Beamtenbund — Vizepräsident ist dessen 1. Vorsitzender — Beamtenvereinigungen in England, Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz angehören. Die FEFAS will sich auf Informationsaustausch mit dem Verband beschränken, ohne ihm korporativ beizutreten. An der Gründung einer Sparte „Post“ innerhalb der CICF beabsichtigt der Vorstand der FEFAS mit einem Vertreter teilzunehmen. Wir sind hier mitten in der in meinen grundsätzlichen Bemerkungen zu Beginn kurz umrissenen Problematik der Vielfalt der Vereini-



gungen im außertechnischen Bereich mit den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten bei der Konsolidierung eines Fachverbandes der europäischen Postverwaltungsbeamten.

Zur weiteren Propagierung der FEFAS wird in Kürze eine Informationsschrift herauskommen, deren Gestaltung den deutschen Anregungen folgt. Sie wird von Paris aus an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Politik und Verwaltung – und an Organisationen in den einzelnen – auch Nichtmitglieder – Ländern versandt werden und über Zweck und Aufgaben der FEFAS sowohl als auch der einzelnen ihr angeschlossenen nationalen Organisationen unterrichten.

Die erste Nummer der FEFAS-Zeitschrift ist auch soweit vorbereitet. Die äußere Form in ihrer graphischen Gestaltung stammt von uns. Sie wird halbjährlich erscheinen, jedes Heft wird Artikel entweder verschiedenartigen Inhalts oder Beiträge zu einem Grundthema enthalten. Jede Vereinigung hat jährlich 2 Beiträge zu liefern. Die erste Nummer enthält im deutschen Teil je einen Artikel von Pr a. D. Dr. Kämmerer über Weltraumrechtsfragen und von MinR Dr. Garbe über das Nachrichtenwesen im Gemeinsamen Markt, ferner Kurzbeiträge über unsere Vereinigung und einen Tätigkeitsbericht für 1967. Die Beiträge erscheinen jeweils in der Landessprache des Autors, zusätzlich in englischer Sprache. Außerdem wird eine Kurzfassung in den anderen Sprachen gebracht werden.

Jedes Mitglied erhält die Zeitschrift, die außerdem noch an denselben Kreis von Empfängern versandt werden wird, wie er für die Informationsschrift vorgesehen ist. Die Kosten für die erste Nummer trägt die Vereinigung, die weiteren Ausgaben sollen weitgehend mit Werbeeinnahmen finanziert werden.

Zu dem Thema Beamtenaustausch ist über das in dem Rundschreiben Nr. 3/1968 Gesagte hinaus nichts Neues zu berichten. Diese Frage ist delikat, sollte aber forciert werden, wofür der Vorstand der FEFAS sich auch einsetzt. Ergänzend wäre zu bemerken, daß sich der Austausch als Möglichkeit zunächst nur auf die derzeitigen Mitgliedsländer erstreckt. Es bleibt zu erwägen, ob nicht auch für den Fall eines Fehlschlags oder einer zu großen Verzögerung bei der Realisierung oder statt dieser Form überhaupt besser eine gegenseitige Abordnung zu den Lehreinrichtungen der beiden großen Verwaltungen E.N.S. P.T.T. in Paris und der vorgesehenen deutschen „Posthochschule“ ins Auge gefaßt werden sollte.

Die vergleichende Übersicht über die beamtenrechtliche Gesamtstruktur – einschließlich Vorbildungs-, Ausbildungs- und Besoldungsaspekte – ist in Arbeit.

Das beherrschende Ereignis der FEFAS für 1968 wird der Kongreß in Menton sein, zu dem – neben den organisatorischen Vorbereitungen für die Teilnahme möglichst vieler deutscher Kollegen, die Herr Dr. Kessler freundlicherweise übernommen hat – nach der letzten Vorstandssitzung am 26. April 1968 folgendes zu bemerken wäre: unsere Vereinigung entsendet nach den Statuten 2 Delegierte mit Stimmrecht und 2 Delegierte ohne Stimmrecht, die bei dem Gründungskongreß 1966 in Saarbrücken namentlich festgelegt worden sind. Die Tagesordnung sieht neben den Regularien einen Bericht mit anschließender Diskussion vor (über das Thema „Allgemeine Organisation und haushaltsrechtliche Lage der Post- und Fernmeldeverwaltungen

und die diesbezüglichen Aufgaben der höheren Beamten“). In dieser Diskussion wird auch das Ergebnis der oben erwähnten Übersicht einbezogen. Ein reichhaltiges Programm touristischer Art (z. B. Ausflug nach Monte Carlo, San Remo) wird den Kongreß umrahmen und so die Möglichkeit bieten, auch menschlichen Kontakt mit den französischen, italienischen und holländischen Kollegen zu pflegen.

Ich glaube Ihnen, meine Damen und Herren, einige Ausführungen über den nüchternen Rapport hinaus schuldig zu sein, weil ich es nicht für meine Aufgabe halten kann, in esoterischer Essayistik literarische Konventikelgedanken zu entwickeln, wie sie zum Hors d'œuvre oder Dessert eines Menüs berufseuropäischer Geschäftigkeit gehören. Wir sollten vielmehr nach Wegen und Möglichkeiten suchen, wie man aus der modellierfähigen Masse vorhandener Bereitschaft eine immer verbindlicher werdende Gemeinschaft formen kann. Dabei ist – entsprechend einer klar erkennbaren und innerhalb der FEFAS immer stärker herausgestellten Tendenz – an eine Gemeinschaft zu denken, die in den sich ähnelnden weil menschlichen nationalen Ambitionen in unseren Berufssorgen mit ihren immer schärfer werdenden materiellen Konturen noch etwas von jener geistigen Substanz zu erhalten vermag, die nach Auffassung der FEFAS doch ein klein wenig mehr darstellt als eine in der Mangelwirtschaft eines armen Staates begründete „Sublimierleistung“, wie Familie Mitscherlich in ihrer „Unfähigkeit zu trauern“ das Berufsbeamtentum bezeichnet, jene Institution mit ihren im Nebel der legitimen Interessenkämpfe doch noch erkennbaren Werten, die mit dem Beiwort „ethisch“ heute mehr provokativ umrissen sind als echt aussagewertig gemacht werden, ein Berufsbeamtentum, das anders dann auch entsprechend schnell einfach allein durch eine steigende Produktionsrate außer Kraft gesetzt werden könnte. Diese geistige Substanz sollte gewahrt werden, weil sie uns nicht nur in Deutschland allein das Recht gibt, von einer Führungselite zu sprechen, der man – auch ohne eine ENA-ähnliche Pflanzstätte – um so eher Achtung entgegenzubringen geneigt ist, je überzeugender ihre Auffassung vom Dienst an einer sehr menschlichen Aufgabe ist: in unserem Beruf dazu beizutragen, für alle ein vernünftiges Dasein zu sichern. Fürwahr, ein nüchternes Ziel. Aber alles andere wäre Philosophie, und davon steht nichts weder in unseren Satzungen noch in den Statuten der FEFAS, selbst wenn deren Kontextur Rousseau nicht verleugnet. Aber auch das ist europäisches Erbe, von dem wir nicht loskommen wollen.

---

### 30 % Prämienrückgewähr beim BHW

#### Versicherungsschutz für Bausparer

Eine Risikolebensversicherung ist gemäß den Bausparbedingungen des Beamtenheimstättenwerks in der Regel mit den Bausparverträgen dieser gemeinnützigen Bausparkasse für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes verbunden. Sie hat den Zweck, der Familie auch im Falle eines vorzeitigen Ablebens des Ernährers die Heimstätte zu erhalten.

Wie das BHW mitteilt, wird – ebenso wie in den Vorjahren – auch 1968 eine Rückerstattung bei der Prämie zu Gunsten der Bausparer gewährt. Sie beträgt in diesem Jahre wieder 30 % der Prämie.

---



# Bericht über die Arbeit in der FITCE

anlässlich des Vertretertages der Vereinigung der höheren Postbeamten in Regensburg 1968  
von OPDir Dipl.-Ing. Julius Böwering, Dortmund.

## Allgemeines

Die Berichtszeit umfaßt den Zeitraum zwischen den Vertretertagen in Hamburg (28. 4. 1967) und in Regensburg (20. 5. 1968), d. h. rund 13 Monate.

Der letzte zusammenhängende Bericht wurde auf dem Vertretertag in Hamburg gegeben und im Nachrichtenblatt Heft 3, 3. Jahrgang, Juni 1967, S. 73 und 74, veröffentlicht.

Die deutsche Geschäftsführung der FITCE wurde durch einen zweiten Schriftführer, vor allem für die Berichtigung und Neuaufstellung des Jahrbuches, und zwar durch PR Dipl.-Ing. Wirz, FTZ, verstärkt. Die übrigen Ämter wurden wie bisher verwaltet.

Seit der Gründung der FITCE im Jahre 1961 in Brüssel bis heute sind fast 7 Jahre vergangen. Die internationale Organisation hat inzwischen eine weitere Festigung erfahren, die Zusammenarbeit ist noch enger und selbstverständlicher geworden. Die EWG ist im März 1968 in das 12. Jahr ihres Bestehens eingetreten. Die FITCE ist nur rund 4 Jahre jünger, ist aber in der Pflege der persönlichen Kontakte der Mitglieder, in dem Gedankenaustausch über menschliche, betriebliche und technische Probleme und in dem verständnisvollen Mitgehen mancher PTT-Verwaltungen bei den internationalen Beziehungen der Föderation der Gesamtentwicklung der EWG vorausgeeilt.

Von vornherein schuf die aufgeschlossene Mitarbeit der nationalen Mitgliederorganisationen eine Atmosphäre vertrauensvoller Zusammenarbeit im Comité de Direction der FITCE.

## Das Comité de Direction

Es fanden im Berichtszeitraum sechs Arbeitssitzungen des Comité de Direction statt, an denen der Berichterstatter oder im Verhinderungsfall sein Vertreter teilnahmen. In den Arbeitssitzungen, die in der Regel jeweils einen Tag dauern, wurden alle in der Zwischenzeit aufgetauchten Fragen der internationalen Zusammenarbeit behandelt und etwa notwendige Entscheidungen herbeigeführt. Ein wichtiger Punkt ist stets die Vorbereitung der jährlich stattfindenden Europäischen Fernmeldetage und die laufende Steuerung der Arbeiten der sechs Studien-Kommissionen der FITCE.

So fanden Arbeitssitzungen statt:

1. am 19. Mai 1967 in Brüssel: Vorbereitung der 6. Europäischen Fernmeldetage;
2. am 2. Juli 1967 in Brüssel: zu Beginn der 6. Europäischen Fernmeldetage;
3. am 8. Juli 1967 in Brüssel: am letzten Tag der 6. Europäischen Fernmeldetage;
4. am 28. August 1967 in Luxemburg: erste Besprechungen für die 7. Europäischen Fernmeldetage in Luxemburg 1968;
5. am 17. November 1967 in Brüssel: Hauptthema, die 7. Europäischen Fernmeldetage in Luxemburg 1968 und die Kommissionsarbeit;

6. am 28. März 1968 in Brüssel: Fortsetzung der Themen vom November. Revue und Jahrbuch 1968.

## Die Revue-FITCE

Der Berichterstatter arbeitet mit an der Herausgabe der Revue-FITCE als Mitglied des Redaktions-Komitees. Die Revue-FITCE bringt regelmäßig die g. F. ausführlicher ausgearbeiteten Vorträge, die auf den technischen Vortragsveranstaltungen der Europäischen Fernmeldetage der FITCE gehalten wurden.

Wenn es der Platz erlaubt, werden die Vorträge in mehreren Sprachen abgedruckt. Aber auch andere Aufsätze nichttechnischer Art werden gebracht. Alle Tätigkeit ist ehrenamtlich. Nach den jährlichen Europäischen Fernmeldetagen wird jeweils ein ganzes Heft dem Tagungsablauf gewidmet, einschließlich der gehaltenen offiziellen Reden und der Berichte der Vorsitzenden der sechs Kommissionen. Es erschienen im Jahre 1967 insgesamt sechs Hefte der Revue, 6. Jahrgang; darin waren neun Aufsätze in deutscher Sprache enthalten. Das Gebiet der FITCE ist viersprachig, so daß eine noch stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache kaum zu erreichen ist. Alle Einsender von Aufsätzen sind gut beraten, neben einer deutschen Fassung auch eine französische miteinzureichen, um im Ausland von einem möglichst breiten Kreise gelesen und verstanden zu werden.

Im Jahre 1968 sind bisher zwei Hefte der Revue-FITCE 7. Jahrgang erschienen. Dem Heft 2, März/April, wurden die Anmeldeformulare für die 7. Europäischen Fernmeldetage in Luxemburg 1968 beigelegt. Die baldige Einsendung der Formulare ist erwünscht.

Unter dem Monat Juli 1967 erschien eine wichtige Sondernummer der Revue (50 Seiten) über das Thema: „Die moderne Organisation des Fernmeldewesens in Europa“ (l'organisation moderne des télécommunications en Europe), eine Arbeit der Studienkommission 1 der FITCE.

## Das Nachrichtenblatt

Um alle Mitglieder der Vereinigung der höheren Postbeamten ständig über das Leben und die Arbeit in der FITCE auf dem laufenden zu halten, hat der Berichterstatter in der Berichtszeit in enger Zusammenarbeit mit der Schriftleitung des Nachrichtenblattes „Mitteilungen aus der FITCE“ und sonstige Veröffentlichungen über die FITCE gebracht oder andere Kollegen zu Veröffentlichungen angeregt.

So erschienen im 3. Jahrgang des Nachrichtenblattes 1967 im Heft 2, April 1967, auf S. 51/52:

Mitteilungen aus der FITCE; Vorankündigung der 6. Europäischen Fernmeldetage 1967 in Brüssel; Programmbericht.

Heft 3, Juni 1967, auf S. 73/74:

Bericht auf dem Vertretertag in Hamburg 1967 über die Arbeit in FITCE;

auf S. 77 Mitteilung der FITCE:

1. Hinweis auf die Veröffentlichung des Berichterstatters in der Zeitschrift des Post- und Fernmeldewesens (ZPF 7/1967) „Die FITCE, die



Föderation der Hochschulingenieure des Fernmeldewesens der Europäischen Gemeinschaft und ihre Europäischen Fernmeldetage“ mit 11 Bildern.

2. Kinderaustausch: Italien – Deutschland  
Frankreich – Deutschland.

Heft 5, Oktober 1967, auf S. 122:

Mitteilung der FITCE:

Anschriftenänderungen mitteilen! Das dort angegebene Verfahren ist sehr wichtig, um vor allem auch die Revue immer zugestellt zu bekommen.

4. Jahrgang, Heft 1, Februar 1968, S. 7–25:

Aufsatz des Berichterstatters über die 6. Europäischen Fernmeldetage der FITCE in Brüssel 1967 mit 9 Bildern.

Nach einem vollen Kreislauf durch die Städte Europas: Luxemburg, Rom, Paris, Den Haag und Frankfurt, fanden die 6. Europäischen Fernmeldetage am Geburtsort der Föderation in Brüssel statt. Es werden in der Arbeit alle wichtigen Reden in deutschem Wortlaut gebracht. Der Deutsche Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Dipl.-Kfm. Dr. Werner Dollinger, war bei der Eröffnung des Kongresses anwesend und ließ beim Schlußbankett seine Grüße und guten Wünsche übermitteln.

S. 26: Mitteilung der FITCE über die Rheinfahrt 1968 vom 24.–27. 6. 1968 von Rotterdam bis Straßburg mit der M. S. Europa.

Heft 2, April 1968, S. 50–51:

1 Aufsatz von OPR Dipl.-Ing. Gallenkamp, Darmstadt: „Zu Gast bei einem Fortbildungslehrgang der ENST Paris.“

Heft 3, Mai 1968:

Mitteilungen aus der FITCE:

1. 7. Europäische Fernmeldetage 1968 Luxemburg. Programm.
2. Fortbildungskurse der ENST und der Gesellschaft der Freunde der ENST in Paris vom 17.–22. Juni 1968. Vorankündigung.
3. Rheinfahrt 1968. Aufforderung an die FITCE-Obmänner der zuständigen Bezirksvereine, einen Empfang der FITCE-Mitglieder am 24. 6. in Düsseldorf, 25. 6. in Koblenz und am 26. 6. in Mannheim vorzubereiten.
4. Kinderaustausch Frankreich – Deutschland.
5. Der Bericht der Kommission 1 der FITCE. Sonderheft der Revue, Wiedergabe der Gliederung und sonstiger Angaben über den Inhalt in deutscher Übersetzung.

Zur Unterrichtung aller Mitglieder der Vereinigung wollen wir auch in Zukunft so verfahren wie bisher, außer über die Revue-FITCE, auch über das „Nachrichtenblatt“ der Vereinigung der höheren Postbeamten zu allen Kollegen laufend Kontakt zu halten. Das „Nachrichtenblatt“ geht in je zwei Exemplaren den nationalen Mitgliederorganisationen der anderen fünf Länder der FITCE zu; man schenkt dem Nachrichtenblatt dort großes Interesse.

#### Die Arbeit der Kommissionen 1 bis 6 der FITCE

Im Heft 1, 4. Jahrgang 1968, auf S. 19 und 20 des „Nachrichtenblattes“ ist der Berichterstatter in seinem Aufsatz über die 6. Europäischen Fernmeldetage in

Brüssel 1967 auf die Kommissionsarbeit eingegangen. Deutschland hat den Vorsitz in den Studienkommissionen 4 (OPR Dipl.-Ing. Stegmann) und 6 (OPR Dipl.-Ing. Daum). In der Zwischenzeit hat die Kommission 1 ihr bisheriges Thema: „Aufbau der Verwaltungen der PTT“ abgeschlossen und in der oben erwähnten Sondernummer der Revue vom Juli 1967 veröffentlicht.

Die übrigen Kommissionen 2, 3, 4, 5 und 6 arbeiten an ihren bisherigen Themen weiter und sind z. T. persönlich an verschiedenen Orten Europas zusammengetroffen und/oder haben untereinander schriftlichen Gedankenaustausch gepflegt.

Soweit nach Prüfung eines jeden Einzelfalles seitens des BPM die Teilnahme an den Kommissionsarbeiten in dienstlichem Interesse erfolgt, hat das BPM auf Grund eines Anschreibens des Präsidenten der FITCE an den Herrn BPMin sich bereiterklärt, die Reisekosten für deutsche Kommissionsmitglieder von Fall zu Fall zu übernehmen. Das FTZ hat diese Zusage durch einen Reisekostenantrag an das BPM kürzlich praktisch mit Erfolg erprobt. Wir sehen darin eine Anerkennung der fachlichen FITCE-Arbeit durch unser BPM, was wir dankbar vermerken.

Die Kommissionen haben seit der Gründung der FITCE im Jahre 1961 verschiedentlich ihr Thema und damit auch ihre persönliche Zusammensetzung geändert.

So lautete die Bezeichnung der Kommissionen anfangs:

Kommission 1: Untersuchung des inneren Aufbaues der PTT-Verwaltungen der 6 Länder.

Kommission 2: Vergleichende Untersuchung der Gehälter in den 6 Ländern.

Kommission 3: Gleichwertigkeit der Diplome.

Kommission 4: Austausch von jungen Diplom-Ingenieuren zwischen den Verwaltungen der 6 Länder.

Kommission 5: Menschliche Beziehungen, Kinderaustausch, persönliche Besuche.

Wenn die Arbeiten abgeschlossen waren, wurden die Kommissionen geändert.

Z. Z. werden in den jetzt sechs Kommissionen folgende Themen behandelt:

Kommission 1: Information in einer Fernmeldeverwaltung.

Kommission 2: Die Wirtschaftlichkeit im Fernmeldewesen.

Kommission 3: Heranbildung der technischen Kräfte.

Kommission 4: Studium des Aufbaues der Fernmelde-netze in den großen Städten.

Kommission 5: Menschliche Beziehungen.

Kommission 6: Probleme des Transportwesens und der besonderen Anlagen – zu den Randgebieten des Fernmeldewesens gehörende Dienste.

Auf den Europäischen Fernmeldetagen können ordentliche FITCE-Mitglieder an den Arbeiten der einzelnen Kommissionen neben deren Stammitgliedern teilnehmen. Im Anmeldeformular kann jeder Kongreßteilnehmer durch Ankreuzen bei der Kommissionsbezeichnung vorher bekanntgeben, an welchen Kommissionsarbeiten er sich auf dem Kongreß beteiligen will.



Es kann nicht alles veröffentlicht werden, was dort verhandelt wird. Aber wer interessiert ist an den Themen, sollte an den Europäischen Fernmeldetagen und den Kommissionssitzungen teilnehmen, um dort seine Ansichten vorzutragen und die Meinung anderer kennen zu lernen.

#### **Teilnahme an Fortbildungskursen an der ENST in Paris**

Jährlich finden mehrere Kurse statt, die von der Gesellschaft der Freunde der ENST getragen werden. Hierzu ergehen über die Mitglieder des Comité de Direction der FITCE Brüssel an die anderen 5 Länder Einladungen.

Die ersten Vorankündigungen 1966 im Nachrichtenblatt für einen Kursus über „Elektronenrechner“ waren ohne Erfolg. Es nahmen keine deutschen Kollegen teil.

Im Dezember 1967 hat der Berichterstatter als ordentliches geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FITCE die Angelegenheit dem BPM St B in einem offiziellen Anschreiben unterbreitet. Erfolg: sogleich wurden 3 Kollegen des FTZ in dienstlichem Interesse zur ENST nach Paris entsandt. Wir vermerken dies mit besonderer Befriedigung. Im Juni 1968 läuft ein neuer Fortbildungskursus in Paris ENST über das Thema: Methodes modernes d'ordonnancement appliquées au bâtiment. Diagrammes PERT.

Die Angelegenheit ist in gleicher Weise dem BPM St B unterbreitet worden. Eine ähnliche positive Behandlung des Falles durch das BPM steht zu erwarten.

#### **Deutsche Gegenvorschläge**

Das FTZ hat weiter vom BPM den Auftrag, im Benehmen mit der deutschen FITCE-Geschäftsführung Gegenvorschläge für deutsche Möglichkeiten, FITCE-Mitglieder des Auslandes an Ausbildungsmaßnahmen des FTZ teilnehmen zu lassen, auszuarbeiten. Ein Vorschlag liegt bereits bei uns vor. Die Angelegenheit wird mit der FITCE-Brüssel geklärt, so daß dem FTZ dann eine Antwort erteilt werden kann.

#### **Das Jahrbuch 1968**

Im November 1967 beschloß das Comité de Direction der FITCE, das Jahrbuch, dessen letzte Ausgabe von 1966 stammt, 1968 neu herauszugeben. Dies bedeutete besonders für die Kollegen OPR Dipl.-Ing. Dehmer und PR Dipl.-Ing. Wirz sowie die FITCE-Obmänner und die Schriftführer der Bezirksvereine eine schwierige Arbeit. Von der Schnelligkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit dieser Arbeiten hängen ab: Die Herausgabe des Jahrbuches und der exakte Versand der Revue sowie die genaue Ermittlung der Mitgliederzahl.

Allein 68 Schreibmaschinenseiten voll Berichtigungen mußten ermittelt, aufgestellt, geschrieben und geprüft werden. Hinzu kamen das Verzeichnis der außerordentlichen Mitglieder, an dem Kollege Präsident a. D. Pietsch mitwirkte, und das Titelblatt unserer deutschen Organisation. Das Jahrbuch wird in Kürze ohne Kosten frei Haus ausgeliefert.

Man möge bedenken, daß die FITCE-Brüssel dank der zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiter usw. es bisher fertigbrachte, jedem Mitglied jährlich 6 Hefte der Revue und das Jahrbuch im Rahmen des normalen Mitgliederbeitrages zu liefern. Man sollte das gern und mit Anerkennung zur Kenntnis nehmen.

#### **Wir liefern nach FTZ-Norm:**

Kabelkanalformsteine  
Kabelabdeckplatten  
Kabelabzweiggästen usw.

#### **Betonwerk Bruno Siligmüller**

**Heusenstamm**

Industriestraße 21

Telefon 06104-2071

#### **Die 6. Europäischen Fernmeldetage in Brüssel 1967**

Dieses große Ereignis des Jahres 1967 ist vorstehend bei Behandlung der Veröffentlichungen schon gewürdigt worden. Auf die ausführliche Darstellung des Berichterstatters im Heft 1, 4. Jahrgang, Februar 1968, S. 7-25 wird hier hingewiesen, um Wiederholungen zu vermeiden. Man sollte den aufgeschlossenen Geist der offiziellen Reden beachten, aus dem Achtung und Wohlwollen aller Redner für die FITCE hervorleuchten. Als markante Ereignisse seien hier angeführt:

1. Die hohe Schirmherrschaft durch einen Vertreter des regierenden königlichen Hauses, Prinz Albert von Belgien.
2. Das Schirmherrschafts-Komitee aller PTT-Minister der EWG-Gebiete.
3. Die persönliche Anwesenheit des belgischen und deutschen Ministers für das Post- und Fernmeldewesen. Die übrigen Minister hatten Vertreter entsandt.
4. Die Teilnahme von Kollegen aus Dänemark, Spanien, Großbritannien, Irland und der Schweiz.
5. Die Anwesenheit des Bürgermeisters von Brüssel und seine treffliche Rede.
6. Die Anwesenheit des deutschen Mitgliedes der Europäischen Wirtschaftskommission, M. H. von der Gröben, der in seiner Rede einen Vergleich zwischen der Entwicklung in der allgemeinen EWG und bei der FITCE zog. Erwähnt seien hier einige seiner Worte: „Man könnte es Ihnen vielleicht ein wenig neiden, weil, wie mir scheint, Ihre Aufgabe in dieser Materie leichter ist als für die Signatar-Regierungen des Vertrages von Rom... Aus diesem Grund wird die Erfolgsbilanz bei Ihnen von Jahr zu Jahr günstiger... Man muß den Gründern Ihrer Föderation dankbar sein, die Schranken des Zögerns und der Zweifel beseitigt zu haben, die sehr häufig das Aufbrechen glücklicher Initiativen verhindern... Ihre Zusammenarbeit trägt gleichzeitig ein Versprechen stetigen Fortschrittes in sich, das es erlaubt, für Sie eine glänzende Zukunft vorauszusagen.“
7. Die zweifellos ausgezeichnete Rede des Präsidenten der FITCE, M. Lambiotte Administrateur Général de la Régie des Télégraphes et des Téléphones de Belgique.
8. Der Empfang in der Wandelhalle des Palais des Congrès mit Bundesminister Dr. Dollinger.
9. Die 19 Technischen Vorträge über aktuelle Themen.



10. Die Arbeit der 6 Studienkommissionen.
11. Die Exkursionen und gesellschaftlichen Veranstaltungen.
12. Die Generalversammlung mit der Wiederwahl des Präsidenten und der Mitglieder des Comité de Direction.
13. Das Schlußbankett mit der Rede des belgischen PTT-Ministers, dem Toast auf die Staatsoberhäupter der 6 Länder, der Ordensverleihung und Ernennung zum Großoffizier des Ordens des Königs Leopold II im Namen des Königs für Herrn Lambiotte.
14. Der Vorzug, daß der Vertreter der BR Deutschland ausgewählt wurde, die Dankansprache für die anwesenden Ausländer an die gastgebenden Belgier auf dem Schlußbankett zu halten.
15. Die Herausgabe von Sonderbriefmarken der Belgischen Post mit den FITCE-Insignien anlässlich der 6. Europäischen Fernmeldetage.

### **Die 7. Europäischen Fernmeldetage 1968 in Luxemburg**

Die Teilnahme an den Europäischen Fernmeldetagen ist ständig im Ansteigen begriffen. Sie bilden den Schwerpunkt im großen Rahmen der internationalen Zusammenarbeit.

Die 7. Europäischen Fernmeldetage in Luxemburg unter der hohen Schirmherrschaft des Großherzogs vom 9. bis 14. September 1968 stehen bevor. Es werden wieder zahlreiche Vertreter der internationalen Fachprominenz und der Kollegenschaft erwartet.

Die technischen Vorträge werden sich mit folgenden Hauptthemen befassen:

1. Folgerungen aus der Einführung der elektronischen Zeitmultiplexvermittlung und ihre Integrierung mit den Übertragungssystemen mit Impulscodemodulation (MCI).
2. Die Übertragung von Tonsignalen (mono-stereo) und von Fernsehsignalen (schwarz-weiß/farbig)
  - a) durch Koaxialkabel,
  - b) durch Richtfunkverbindungen,
  - c) durch Nachrichtensatellitenverbindungen.
3. Verschiedene Gesichtspunkte für die Anwendung neuer Werkstoffe für
  - a) Leiter,

b) Mäntel von Fernmeldekabeln.

4. Zunahme der Anzahl der Störungen infolge des Ansteigens der Straßenbauarbeiten.
5. Die Durchwahl vom öffentlichen Netz in die Nebenstellenanlagen der Teilnehmer.

Luxemburg wird die 8. große internationale Begegnung der Föderation der Hochschulingenieure des Fernmeldewesens der Europäischen Gemeinschaft sein. Etwa 4000 Angehörige aus unserem europäischen Berufssektor, die im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung zwar nur eine kleine Zahl darstellen, haben sich dann, z. T. wiederholt, getroffen und viele echte Freundschaften geschlossen. Dies ist über die Jahre gesehen der schönste Erfolg unserer beharrlichen Arbeit.

Der Bezirksverein Dortmund hat ein Postscheckkonto für die Einzahlung der Teilnehmergebühren für die 7. Europäischen Fernmeldetage bereitgestellt (Postscheckkonto Nr. 32959, Postscheckamt Dortmund, Vereinigung der höheren Postbeamten, Bezirksverein Dortmund, Beitragskonto Technik, 46 Dortmund, Hiltropwall 10, OPD). Die Zweitschrift des Anmeldeformulars (rosa) ist zu senden an Postrat Dipl.-Ing. Karl Thomas, 46 Dortmund, Küpferstr. 3, der sich für die Abwicklung der Zahlungen dankenswerterweise bereit erklärt hat.

### **Zusammenarbeit im Hauptvorstand der Vereinigung**

Eingeordnet ist unsere deutsche Mitarbeit in der FITCE in den Rahmen der Vereinigung der höheren Postbeamten. Nach den diesjährigen Regensburger Beschlüssen treten FITCE- sowie FEFAS-Verbindungsmänner als Beisitzer zum Hauptvorstand der Vereinigung hinzu.

Diese nahmen schon in der Berichtszeit an den Sitzungen des Hauptvorstandes am 3. 10. 1967 und 1. 2. 1968 in Bonn und am 20. 5. 1968 in Regensburg teil. So bleibt der Hauptvorstand der Vereinigung über die laufenden Arbeiten in der FITCE ständig unterrichtet und kann an entscheidenden Fragen mitwirken. Die Vereinigung der höheren Postbeamten ist durch ihre fortschrittliche Haltung über sich hinausgewachsen in den Raum der europäischen Gemeinschaft und leistet zu ihrem Teil einen Beitrag zum Europa der Zukunft, in Frieden und Freundschaft.

## **Mitteilungen der FITCE**

### **7. Europäische Fernmeldetage vom 9.–14. September 1968 in Luxemburg**

Das im Nachrichtenblatt, Heft 3, Mai 1968, 4. Jahrgang, S. 77/78 mitgeteilte provisorische Programm ist wie folgt zu ergänzen:

Montag, den 9. 9. 1968:

Tagung der Studienkommissionen 1–6 in einzelnen Räumen des Kongreßhauses in Luxemburg (Hochhaus der Montanunion im Nordosten der Stadt) nach besonderem Programm.

Dienstag, den 10. 9. 1968:

Vormittags: offizielle Eröffnungsveranstaltung unter Anwesenheit vieler hochgestellter internationaler Ehrengäste im Kongreßhaus.

Nachmittags: Technische Vorträge im Kongreßhaus nach besonderem Plan.

Abends: 18.00 Uhr Abfahrt von Luxemburg nach Wellenstein zum Gesellschaftsabend mit Abendessen und Tanz.



*Damenprogramm:* 16.00 bis 18.00 Uhr voraussichtlich Moselfahrt von Grevenmacher bis Remich. Von Remich Weiterfahrt bis Wellenstein. 19.00 Uhr Ankunft in Wellenstein und dort gemeinsam mit den Herren Gesellschaftsabend.

Mittwoch, den 11. 9. 1968:

9.30 Uhr Abfahrt von Luxemburg (Stadt) zur Besichtigung des Werkes von „Good Year“ in Colmar-Berg.

13.00 Uhr Mittagessen in Diekirch (Hotelschule).

*Damenprogramm:* 10.30 Uhr Abfahrt von Luxemburg. 13.00 Uhr Ankunft in Diekirch.

Nachmittags: gemeinsam mit den Herren eine Rundfahrt durch das Großherzogtum Luxemburg in Bussen.

Abends: Kaltes Büfett, voraussichtlich in Wiltz.

Donnerstag, den 12. 9. 1968:

Ganztägig: Technische Vorträge nach besonderem Plan im Kongreßhaus.

20.30 Uhr: Festliches Abendkonzert bei Radio Luxemburg für die FITCE.

*Damenprogramm:* Nachmittags: Stadtbesichtigung von Luxemburg mit Bussen.

20.30 Uhr gemeinsam mit den Herren festliches Abendkonzert bei Radio Luxemburg für die FITCE.

Freitag, den 13. 9. 1968:

Ganztägig: Technische Vorträge nach besonderem Plan im Kongreßhaus.

*Damenprogramm:* Nachmittags: Ausflug nach Bettenburg. Besichtigung des Parc Merveilleux. Tee und Kaffee.

Abends: frei.

Sonnabend, den 14. 9. 1968:

Vormittags: Generalversammlung für die Mitglieder der FITCE im Kongreßhaus.

Mittags: Festliches Schlußbankett in einem großen Hotel in Luxemburg (Stadt), gegeben vom PTT-Minister in Anwesenheit von hohen Ehrengästen.

Die Anmeldefrist wird bis zum 30. Juli 1968 verlängert. Wegen Raummangels soll die Zahl der Teilnehmer am Kongreß begrenzt werden. Die Teilnahme geht nach dem Datum der Anmeldung.

Es empfiehlt sich, die Anmeldung sogleich vorzunehmen. Die Arbeiten des Generalsekretariats der FITCE Brüssel zur Aufstellung des Schirmherrschafts- und des Ehrenkomitees und Einholung der Zusagen laufen planmäßig. Es wird sich wieder ein ausgewählter Kreis internationaler Persönlichkeiten in diesen Gremien zusammenfinden.

Das endgültige Programm erhalten die Teilnehmer noch.

#### **Hotelunterkunft und Anreise**

Die beiden großen Bezirksvereine Dmst und Ffm haben in den letzten Jahren immer eine gemeinsame Reisegesellschaft zu den Europäischen Fernmelde-tagen organisiert. Im letzten Jahre hatten sich sehr viele süddeutsche Kollegen mit ihren Angehörigen dieser Reisegesellschaft angeschlossen; so haben über die Hälfte der deutschen Tagungsteilnehmer die

Omnibusreise nach Brüssel, das Hotelzimmer in Brüssel oder beides durch den BzV Ffm vermittelt bekommen.

Inzwischen sind von verschiedenen Seiten Stimmen laut geworden, daß nicht nur die Vermittlung von Hotelzimmern für die deutsche Teilnehmergruppe, sondern auch wieder eine Omnibusreise zum FITCE-Kongreß sehr erwünscht wäre. Der BzV Ffm hat sich deshalb um Hotel und Omnibus für die deutschen Tagungsteilnehmer bemüht.

#### **1. Hotelzimmer**

Durch Rundschreiben der Bezirksvereine haben alle Mitglieder unserer Vereinigung inzwischen erfahren, daß sie für die Tagungswoche in Luxemburg Hotelzimmer über den BzV Ffm anmelden können; von dieser Möglichkeit wurde schon rege Gebrauch gemacht.

Unsere Luxemburger Kollegen hatten die Hotelsuche in dankenswerter Weise unterstützt und zwei einander benachbarte, gut bürgerliche Hotels empfohlen, die ruhig und doch so günstig gelegen sind, daß man sowohl die Innenstadt als auch unsere Tagungsstätte weiter draußen gut zu Fuß erreichen kann; selbstverständlich kann man auch die öffentlichen Verkehrsmittel überall hin benutzen!

Die durch Rundschreiben bekanntgegebenen Einzelheiten sollen im folgenden noch einmal wiederholt werden. Hotelzimmer in Luxemburg können danach für die Zeit vom 9. bis 14. September 1968 durch den BzV Ffm zu folgenden Preisen vermittelt werden:

##### Einbettzimmer

1. OG oder 2. OG	(E I oder E II)	16,00 DM
3. OG	(E III)	14,60 DM

##### Breitbettzimmer

1. OG oder 2. OG	(B I oder B II)	25,60 DM
3. OG	(B III)	23,60 DM

##### Zweibettzimmer

1. OG oder 2. OG	(Z I oder Z II)	26,40 DM
3. OG oder Hofseite	(Z III oder Z H)	24,00 DM

##### Dreibettzimmer

1. OG oder 2. OG	(D I oder D II)	34,80 DM
------------------	-----------------	----------

##### Zweibettzimmer

mit Bad	(Z m B)	30,80 DM
---------	---------	----------

Die angegebenen Preise sind „Inklusivpreise“, d. h. sie verstehen sich pro Zimmer und Nacht einschließlich Frühstück (der Personenzahl entsprechend), Taxen und Bedienung. Die DM-Beträge ergeben sich nach dem augenblicklichen Umrechnungskurs; da der BzV Ffm erst im August mit dem Hotel abrechnen wird und der Umrechnungskurs zeitlichen Schwankungen unterworfen ist, können sich die angegebenen Beträge noch geringfügig ändern.

Wegen der gleichen Preise für die Zimmer im 1. und 2. OG wird es sich nicht umgehen lassen, daß nach Belegung des letzten Zimmers in einem der beiden Geschosse gleichwertige Zimmer im anderen Geschos vorgemerkt werden. Ebenso wird um Verständnis gebeten, daß bei zu großer Nachfrage nach Zweibettzimmern ersatzweise Breitbettzimmer (Zimmer mit französischen Ehebetten) angeboten werden müssen.



## 2. Omnibusreise

Für die Tagungsteilnehmer aus den BzV Dmst und Ffm wird nach Luxemburg hin und zurück wieder ein komfortabler Omnibus eingesetzt werden, der u. a. luftgefedert ist und verstellbare Düsen für Frischluft über jedem Sitzplatz hat.

An dieser Reise können wie im letzten Jahr selbstverständlich auch wieder Kollegen aus dem Bundesgebiet mit ihren Angehörigen teilnehmen, wenn sie bis Frankfurt oder Darmstadt anfahren. Für süddeutsche Reisetilnehmer könnte ggf. auch eine Zustiegemöglichkeit in der Nähe des Viernheimer Dreiecks fmdl. vereinbart werden.

Der Preis für Hin- und Rückfahrt wird bei 35 bis 40 DM pro Person liegen; je stärker die Beteiligung an dieser Reise wird, um so niedriger wird dieser Preis natürlich!

Die Fahrt geht von Frankfurt über Darmstadt auf der Autobahn nach Saarbrücken und von dort über gute Straßen nach Luxemburg.

Hinfahrt:

Montag, 9. Sept. 1968, 13.30 Uhr ab Ffm, OPD  
14.30 Uhr ab Dmst, FTZ

Rückfahrt:

Samstag, 14. Sept. 1968, ca. eine Stunde nach Beendigung des Schlußbanketts ab Hotel.

Die reine Fahrzeit beträgt etwa 5 bis 6 Stunden; je

eine kurze Pause wird auf Hin- und Rückfahrt vorgesehen.

## 3. Anmeldung

Interessierte Kollegen können ihre Wünsche bezüglich eines Hotelzimmers oder der Omnibusreise beim BzV Ffm bis spätestens 15. August 1968 einfach in der Form anmelden, daß sie eine Anzahlung von 50 DM *pro Person* (für Hotelzimmer) und/oder 25 DM *pro Person* (für Omnibusreise) auf das PSchkto Ffm 5004 des Kollegen Dipl.-Ing. Bublitz, 6 Ffm 70, Breslauer Straße 37, überweisen; dabei müssen auf dem Gutschriftabschnitt vermerkt werden

1. Betreff: FITCE-Kongreß 1968

2. a) gewünschtes Zimmer und OG

(bitte vorstehend in Klammern festgelegte Abkürzungen verwenden)

und/oder

b) ..... mal Omnibus  
Personenzahl

3. Zeit von ..... bis .....  
Anreisetag Rückreisetag

Falls die angemeldeten Wünsche nicht voll erfüllt werden können, wird der Anmelder verständigt. Darüber hinaus wird Kollege Bublitz gerne weitere Auskünfte unter der Rufnummer 06117066210 erteilen. Bis Ende August wird dann jedem Anmelder eine endgültige Abrechnung mit der Anforderung des Restbetrages übersandt.

## Otto Besold in memoriam



OPDir Dr. Otto Besold ist mitten aus einem arbeitsreichen Leben am 5. 6. 1968 von uns gegangen. Der Verstorbene hat während seiner mehr als 34jährigen Postdienstzeit der Deutschen Postverwaltung in vorbildlicher Pflichterfüllung gedient und in schwerer Nachkriegszeit mit unermüdlicher Schaffenskraft an ihrem Wiederaufbau mitgearbeitet. Als Ausbildungs-

und Laufbahnreferent sowie als Amtsvorsteher hat er wegen seiner großen Sachkunde, seines nüchternen abgewogenen Urteils, seiner Aufgeschlossenheit für alle mitmenschlichen Probleme sowie kraft seiner ausgleichenden Persönlichkeit bei Mitarbeitern und Kollegen Vertrauen, Anerkennung und Wertschätzung gefunden.

Auch mit der Vereinigung der höheren Postbeamten sind sein Name und sein Wirken in bleibender Erinnerung verbunden. Seit ihrer Neugründung nach dem Kriege war der Verstorbene beim Bezirksverein München seit 1952 als Schriftführer, seit 1959 als 2. Vorsitzender und seit 1962 als 1. Vorsitzender aktiv tätig. Darüber hinaus hat er seine Zeit und Arbeitskraft auch noch als Mitglied im Hauptvorstand dieser Vereinigung zur Verfügung gestellt. Als hervorragender Kenner der Laufbahn- und Besoldungsverhältnisse galt sein besonderes Interesse und Bestreben den Fragen der berufspolitischen Lage des höheren Dienstes bei der Deutschen Bundespost.

In einer Denkschrift (1966) zur bestehenden Besoldungskrise hat er in monatelanger, mühevoller Arbeit wertvolle Erkenntnisse und überzeugendes Zahlenmaterial zusammengetragen und sich hierdurch außerordentlich verdient gemacht.

Goldener Humor und wahre Herzlichkeit, soziales Verständnis und Kameradschaft prägten das Bild dieses Beamten, dessen hohe menschliche Qualitäten ihm in allen Kreisen des Postpersonals viele Freunde und dankbare Verehrer erwarben. Sie alle hat sein früher Tod mit großer Trauer erfüllt.

Wir werden ihm ein dauerndes und ehrendes Gedenken bewahren.



**Betr.: Herbstreise nach Menton  
(französische Riviera)**

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Aus Anlaß des Kongresses der FEFAS – PTT, der vom 14. bis 16. Oktober 1968 in Menton stattfindet, wird vom 4. bis 20. Oktober 1968 eine Gesellschaftsreise an die französische und italienische Riviera durchgeführt.

**Programm:**

- 4. 10.: Nachmittags und abends Abreise mit Liegewagen im Rivieraexpress ab Hamburg über Köln-Frankfurt-Basel-Milano-Genova-Ventimiglia-Menton.
- 5.–13. 10.: Erholungsaufenthalt in Menton mit Busausflügen nach Nice-Cannes und Gorges du Verdon (einziger Canyon in Europa).
- 14.–15. 10.: Kongreß der FEFAS-PTT mit Festbankett und Ausflug nach Monte Carlo.
- 16. 10.: Schiffsausflug nach San Remo und Weiterreise nach Chiavari.
- 17.–19. 10.: Erholungsaufenthalt in Chiavari mit Kurzausflügen nach Rapallo-Santa Margherita-Portofino und Sestri Levante - Cinque Terre.
- 20. 10.: Heimfahrt über Genova-Milano-Basel bis Köln.
- 21. 10.: Ankunft in Hannover und Hamburg.

Die Reise wurde zur Erholungsreise an die Riviera ausgestaltet. Das Gebiet von Nice–Monte Carlo–

Menton ist der Glanzpunkt der französischen Riviera, das Gebiet um Portofino ist der Glanzpunkt der italienischen Riviera. Chiavari hat Sandstrand, Menton hat Fels- und Kiesstrand, auch für Nichtschwimmer. Die Badetemperatur ist im Oktober noch angenehm. Die Reise nach Paris wird bei Gelegenheit nachgeholt.

**Teilnehmerpreis:**

750 DM ab und bis Frankfurt. Eingeschlossen sind: Unterkunft (in Menton: sehr elegantes Postheim, in Chiavari: gutes, ruhiges Hotel), volle Verpflegung, alle Reisekosten, Ausflüge und Trinkgelder, auch die Kosten des Kongresses.

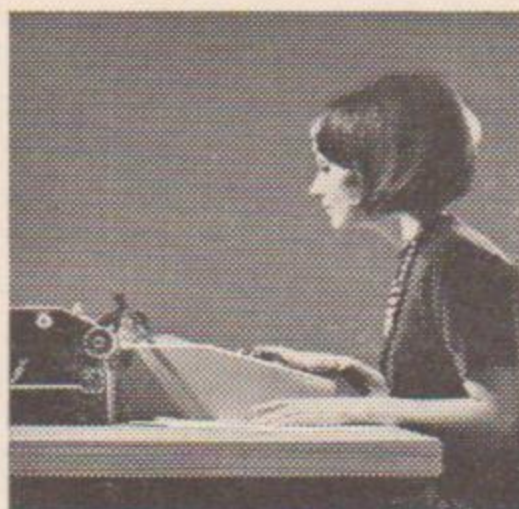
Nichteingeschlossen sind: Zuschläge für Einzelzimmer oder Schlafwagen. Bei genügender Beteiligung werden Gemeinschaftsreisen mit Fahrpreisermäßigung für die Anreise nach und Abreise von Frankfurt organisiert.

Wie immer werden nichtverbrauchte Reisekosten zurückerstattet.

Teilnahmeberechtigt sind alle Kolleginnen und Kollegen (also auch der FITCE) sowie deren Verwandte und Freunde.

Anmeldungen werden umgehend an OPDir Dr. Keßler, 2 Hamburg 1, Postamt 3, mit Postkarte erbeten. Der Teilnehmerpreis wird in monatlichen Teilbeträgen ab 1. Juli auf das Postscheckkonto Dr. Keßler, Postscheckamt Hamburg 30558, erbeten.

Mit kollegialen Grüßen  
*Dr. Keßler*



Wo Geld fließt, braucht man Sicherheit und zuverlässige Kontrollen. Vereinfachen Sie Ihren Kassenverkehr mit einer Kienzle Schalterquittungsmaschine. Sie bringt vollendete Ordnung.

Daten erfassen, fakturieren, buchen, elektronisch abrechnen – viele Fragen sind mit diesen Begriffen verbunden. Wir beantworten sie und zeigen Ihnen die Lösung Ihres speziellen Problems.



**KIENZLE**

Kienzle – ein Name des Vertrauens.  
Kienzle – ein Name für optimale Organisation im Rechnungswesen.



**Einladung**  
**zu einer Flug- und Schiffsreise nach**  
**USA—Karibische See—Kanarische Inseln**  
**vom 23. 3. bis 20. 4. 1969**  
**für 2300 bis 2700 DM**

*Programm:*

- 23. 3.: Anreise zum Abflughafen Frankfurt
- 24. 3.: Flug mit Jet nach New York
- 25. 3.: Rundfahrt mit Führung durch New York
- 26. 3.: Busausflug nach Washington  
(Rundfahrt mit Führung)
- 27. 3.: Flug nach Niagara Falls mit Besichtigung
- 28. 3.: Vormittags frei in New York  
Nachmittags Flug mit Jet nach San Juan  
(Porto Rico)
- 29. 3.: Busausflug nach El Yunke (tropischer Urwald)
- 30. 3.: Abends Einschiffung auf MTS „Argonaut“
- 31. 3.: Besuch von St. Croix  
(Jungferninseln)
- 1. 4.: Besuch von Martinique  
mit Busausflug
- 2. 4.: Besuch von Grenada
- 3. 4.: Besuch von Barbados
- 4. 4. bis 11. 4.: auf See
- 12. 4.: Besuch von Las Palmas auf Gran Canaria  
mit Busausflug
- 13. 4. bis 14. 4.: auf See
- 15. 4.: Besuch von Tanger und Tetuan (Marokko)
- 16. 4. bis 18. 4.: auf See
- 19. 4.: Ankunft in Napoli — Heimreise mit Schlafwagen
- 20. 4.: Ankunft in den Heimatorten.

} Karibische See

Änderungen, die den Charakter der Heimreise nicht beeinträchtigen, bleiben vorbehalten.

Die Anreise nach Frankfurt und die Heimreise von Napoli werden organisiert, sobald die Wohnorte der Reiseteilnehmer bekannt sind. Für Reiseteilnehmer aus Frankreich können dafür geringe Mehrkosten entstehen.

*Teilnehmerpreis:*

2400 DM — 2500 DM — 2700 für 1 Person in Doppelkabinen (je nach Kabinenlage), 2300 DM je Person bei Kabinenlegung mit 3 Personen, 3000 DM für Einzelkabinen. *Alle* Kabinen sind geräumige komfortabel ausgestattete Außenkabinen mit 2 Unterbetten, Dusche und WC. Die „Argonaut“ ist ein modernes Luxussschiff von 5000 BRT der griechischen Reederei „Epirotiki Lines“, die auf Luxus-Kreuzfahrten spezialisiert ist; es hat Stabilisatoren sowie Klimaanlage in allen Kabinen, 2 Schwimmbecken sind an Bord. Bei etwa 180 Passagieren ist größte Bequemlichkeit gewährleistet. Das Schiff fährt auf der „Sonnenroute“ weit südlich der Azoren über den Atlantik. Eine Kapelle sorgt für Abendunterhaltung. Ein Arzt ist an Bord.

Der Teilnehmerpreis enthält alle Kosten für Übernachtungen, Verpflegung, Ausflüge, Rundfahrten, Führungen, Trinkgelder (auch die sogenannten freiwilligen Trinkgelder), Flughafengebühren usw. Die Reise wird auf au pair-Basis durchgeführt, also ohne kommerziellen Gewinn; nichtverbrauchte Kostenanteile werden nach Beendigung der Reise zurückerstattet. Als zusätzliche Kosten verbleiben nur die

Ausgaben für Getränke, Ansichtskarten und Andenken.

*Benötigt werden:* Ein gültiger Reisepaß mit Visum der USA und gültiges Pockenschutzimpfzeugnis.

*Allgemeines:* Diese Reise wird in einer einzigen Gruppe durchgeführt, führt über mehr als 10000 Meilen und bietet die einmalige Möglichkeit, die USA und die Karibische See in Verbindung mit einer Flug- und Seereise zu einem erschwinglichen Preise kennenzulernen. In den USA wird der Reiseaufwand wegen der ungünstigen Währungsverhältnisse relativ niedrig gehalten. Alle bedeutenden Sehenswürdigkeiten von New York (u. a. Empire State Building, Rockefeller Center, UNO-Gebäude, St. Patrick's, Wallstreet) und Washington (u. a. White House, Capitol, Arlington, Jefferson Memorial, Lincoln Memorial) werden mit Führung besucht. Auch die Niagara-Fälle werden besichtigt.

Die Reise auf der „Argonaut“ wird sehr komfortabel sein. Die Verpflegung ist hervorragend. 15 Tage auf See bieten viel Erholung, auf der südlichen Route herrscht im April regelmäßig warmes Sonnenwetter. An den wundervollen Stränden der karibischen Inseln kann täglich gebadet werden, ebenso wie in den beiden Schwimmbecken an Bord.

*Anmeldungen* werden umgehend mit Postkarte an OPDir Dr. Keßler, 2 Hamburg 1, Postamt 3, erbeten, der unter 0411/246219 gern weitere Einzelheiten mitteilt. Der Teilnehmerpreis wird in monatlichen Teilbeträgen von 250 DM auf das Postscheckkonto OPDir Dr. Keßler, Postscheckamt Hamburg 30558, erbeten.

Alle Kollegen, sowie deren Verwandte und Freunde sind zur Teilnahme an der Reise eingeladen. Übrigens werden für diese vierwöchige Reise nur 21 Urlaubstage benötigt.

*Wegen der außergewöhnlichen Planungsarbeiten werden die Interessenten gebeten, sich umgehend zu melden.*

Mit kollegialen Grüßen  
Dr. Keßler

*Nach 40 Dienstjahren befinde ich mich seit dem 1. August dieses Jahres im Ruhestand.*

*Von vielen Kollegen, mit denen mich gute Beziehungen aus der Dienstzeit und aus der Arbeit für unsere Vereinigung verbinden, habe ich mich nicht persönlich verabschieden können.*

*Ich sage ihnen auf diesem Wege Lebewohl und gute Wünsche für die Zukunft.*

*Friedrich Köhler*

3591 Bergfreiheit



# Warum fahren wir nach Griechenland?

Gedanken zu einer Griechenlandreise

Otto Müller, Stuttgart

Freunde, laßt das Mißtrauen hinter euch! Vergeßt Neid und Streit und alles, was euch die Sicht trübt, die Sicht des Auges und des Geistes, die für beide die Freiheit bedeutet! Dann dürft ihr mit geläutertem Blick den Quell schauen, der uns gemeinsam durchströmt von alters her. Dann findet ihr zurück zu den verschütteten Horizonten, aus denen die Menschen des Abendlandes schon vor tausend Jahren ihr Wissen um die wahre Menschheit bezogen.

Mit Bewußtsein ein Überschwang, der in die Worte gelegt ist, aber wahrhaftig keine bloße Schwärmerei, kein Romantizieren ohne Bezogenheit auf unsere Gegenwart. Nein, laßt euch überzeugen, Freunde, daß die Begeisterung einer Realität gilt, daß die Ovation dem Lande gebracht wird, das für uns Menschen des Organisationszeitalters, die in Angst und Zwietracht leben und unter Dunstglocken, noch eine Offenbarung bereithält:

Es gibt, o Mensch, noch Gemeinsames. Uns verbindet noch ein Band der Überzeugung und der Menschenbetrachtung, ohne politische Kraft zwar und ohne wirtschaftliches Potential, ein Band aber, das uns würde es erkannt, die Kraft vermitteln könnte, auch unseren heutigen Mitmenschen das Maß des Menschlichen vorzuleben, den Wert der Freiheit anzupreisen und den Sinn und die Ausstrahlungskraft wahrer Humanität, man sage ruhig: wahrer Nächstenliebe, wieder aufzuhellen.

Was veranlaßt mich, soviel Aufhebens zu machen von einer angeblichen Entdeckung? Was berechtigt mich, hier einen geistigen Gehalt erkennen zu wollen, wo andere nur Gemeinplätze zu sehen vermeinen, auf denen sich heute jeder nach Belieben tummeln kann? Nicht das Land allein strömt die Kraft aus, nicht die kargen Steinwüsten mit ihren Hirtenwohnungen aus Feldsteinen, nicht Säulen, die im Staube liegen oder von kundiger Hand wiederaufgerichtet wurden, auch nicht die Schlachtorte, in Schulbüchern hochgerühmt, in der Landschaft oft kaum als Hügel erkennbar; nein, der Geist spricht aus den Worten der alten Dichter, die heute noch unsere Worte sein könnten, aus Philosophenmund, der unser Ohr noch heute verdient, und aus den Berichten der großen Römer, die sich noch nicht scheuten, wie wir es versucht sind zu tun, sich zur Antike zu bekennen.

Zwei große Kristallisationspunkte gab es für die Menschen des alten Hellas: Delphi und Olympia. Beide in Urzeiten schon Wohnung der Gottheit, zu der die Menschen pilgerten. Dieses Pilgertum aber war das Verbindende, das Allgewaltige, vor dem Streit und Hader verstummte. Einzelne und Gemeinschaften erhofften sich in Delphi den erlösenden Spruch. Wer daheim in waffenstarrer Eifersucht lebte, konnte hier dem Widersacher waffenlos begegnen. Der Gott schüttete seine Gnade über Freund und Feind aus.

Wenn das olympische Jahr zu den Kämpfen rief, ruhte alle Fehde in Nord und Süd. Man traf sich, man reinigte sich und übte Körper und Geist, bis die große Bewährungsprobe kam. Dem Sieger huldigte man, denn man huldigte dem Gott durch ihn.

Und diese Entäußerung von allen trennenden Mißlichkeiten, dieses Besinnen auf das gemeinsame Ge-

schick sollte in uns keine Regungen auslösen? Kein Gefühl der Zugehörigkeit zu solcher Sinnesgemeinschaft, kein Empfinden für Verbundenheit mit dieser gemeinsamen freiwilligen Unterordnung?

Was sind wir denn heute als einzelne wie als Masse? Wieviel Abhängigkeiten binden uns, aber sind es freiwillige Bindungen? Und streben wir nicht trotz dieser Fesseln mit lautstarken Trompetenstößen nach den Sternen, nach dem Weltall? Keiner ahnt oder gibt es zu zu ahnen, was sich hinter diesen vermessen gesuchten Zielen verbirgt, was auf den modernen Prometheus, der etwa das Feuer auf den Mond tragen will, wartet.

Wenige werden noch die Verse kennen, in denen Goethe die Grenzen der Menschheit abmißt:

*„... Denn mit Göttern  
Soll sich nicht messen  
Irgend ein Mensch.  
Hebt er sich aufwärts  
Und berührt  
Mit dem Scheitel die Sterne,  
Nirgends haften dann  
Die unsichern Sohlen,  
Und mit ihm spielen  
Wolken und Winde.“*

Wer aber erinnert sich noch des altgriechischen Sängers Pindaros, der vor 2<sup>1/2</sup> Jahrtausenden schon ähnliches in Versen aussprach, die er auch „Grenzen der Menschheit“ überschrieb:

*„Über das Maß seines Wesens  
Sollen die Wünsche des Menschen  
Nichts von den Himmlischen fordern.  
Offen vor Augen liegt uns die Wahrheit,  
Irdisch sind wir.  
Daran sollst du denken, mein Herz!  
Ewiges Götterleben  
Sollst du nicht suchen; denk' und schaffe,  
Was du darfst und was du kannst!  
Auf ein Gutes, das die Unsterblichen  
Einem Menschen gewähren,  
Geben der Übel sie zwei.  
Toren vermögen das nicht  
Bescheiden hinzunehmen;  
Der rechte Mann tut es:  
Er kehrt das Gute nach außen.“*

Könnten das nicht Worte unserer Zeit sein? Oder: Sind sie uns etwa unerreichbarer als die Goetheschen Verse? Welch ein Brückenschlag über die Jahrtausende!

Der Redner Isokrates, Vorsteher berühmter Rednerschulen, der nach der Schlacht von Chäronea Hungers starb, sagte — kaum mehr als hundert Jahre nach Pindaros — von der geistigen Führungssendung der Athener:

*„Bei uns ist es vornehmlich möglich, treueste Freundschaft zu finden und sich den verschiedensten Geselligkeiten anzuschließen. Man kann auch Wettkämpfe anschauen, solche der Schnelligkeit und der Kraft und solche der Redegewandtheit und der philosophischen Lehrmeinung und aller sonstigen Leistungen, wofür ansehnliche Siegespreise ausgesetzt sind. Denn die Stadt Athen*



setzt nicht nur selbst solche Preise aus, sie veranlaßt auch Privatleute, solche zu spenden. Das, was wir einmal gutgeheißen haben, erlangt hohen Ruhm, so daß es bei allen Menschen hoch geschätzt wird. Unsere Stadt hat auf dem Gebiet des Denkens und des Redens alle anderen so übertroffen, daß ihre Schüler die Lehrmeister der anderen geworden sind. Deshalb bezeichnet der Name Hellenen nicht mehr nur den Volksstamm, sondern die Gesinnung. Hellenen werden nicht so sehr die genannt, die mit uns gleicher Abstammung sind, sondern die an unserer Bildung teilnehmen."

Hier ein stolzes, selbstbewußtes Bekenntnis, nicht eines Reichen und Mächtigen, zu der Geisteshaltung, die wir heute erst wieder zwischen unseren Gymnasialerlebnissen und moderner Bildungsreform ausgraben müssen. Wie fest in sich ruhend klingt die Versicherung: „Das, was wir einmal gutgeheißen haben, erlangt hohen Ruhm!“ Das „Wir“ drückt die große Erbmasse aus, an der wir Heutigen, wenn wir Pilger sind, noch teilhaben dürfen.

Welcher Antwort bedarf nun die Frage noch: „Warum reisen wir nach Griechenland?“ Wer wollte noch zweifeln an dem genius loci, der doch ein genius mundi geworden ist! Haben wir ihn begriffen, diesen Genius, sind wir bereit, über gestürzte Säulen hinweg das weltumspannende Band zu errahnen, das die Menschen abendländischen Geistes aneinander bindet, dann wäre Griechenland – von Kerkyra bis Pergamon und von Sparta bis Rhodos und Milet – das rechte Reiseziel.

Vielleicht wirbt es noch für eine Pilgerfahrt, wenn wir erfahren, daß die Römer – ein halbes Jahrtausend nach der Hochklassik – nach Hellas sahen wie nach einem Land, von dem das Heil gekommen ist. Die klugen und hochmütigen, materialistisch eingestellten Römer hielten doch das Menschsein so hoch in Kurs, daß sie alle Geistesgüter, deren sie teilhaftig sein durften, auf das Volk zurückführten, dem heute von uns Nachgeborenen unbegreiflicherweise der Zoll der Hochachtung und Verehrung verweigert wird, dem wir sonst geistigen Ahnen gerne so reichlich spenden. Die Römer nannten Griechenland als eroberte Provinz

Achaia. Als etwa 100 Jahre nach Christi Geburt ein gewisser Maximus Statthalter in Achaia wurde, schrieb ihm sein Freund Plinius (d. J.):

„Denke immer daran, daß Du in die Provinz Achaia entsandt wurdest, in jenes eigentliche Griechenland also, in dem, wie man sagt, die Bildung, die Wissenschaft, ja selbst der Ackerbau erfunden wurde; daß Du entsandt wurdest, um die Verfassungen der freien Städte zu ordnen, das heißt, zu Menschen, die wie keine sonst Menschen sind, zu Freien, die wie keine sonst frei sind, die dieses Privileg der Freiheit, das ihnen die Natur verlieh, durch Mannhaftigkeit, durch allerlei Verdienste, Menschenfreundlichkeit, Vertragstreue und schließlich auch durch Bindung an das Göttliche hochgehalten haben.

Erweise ihren göttlichen Städtegründern Ehre, Ehre auch den Namen der Götter, erweise dem altüberlieferten Ruhm Deine Reverenz und dem hohen Alter, welches schon beim Menschen ehrfurchtgebietend, bei Städten aber heilig ist.

Versage niemals der heroischen Vorzeit, den Taten der Helden und auch nicht den Mythen des Volkes Deine Achtung. Nimm auch keinem Menschen etwas von seiner Würde und seiner Freiheit, ja laß' ihnen sogar eine gewisse Ruhmrederei.

Halte Dir stets vor Augen, daß Du in dem Lande bist, dem wir unser Recht verdanken, das uns das Gesetz gab, nicht wie ein Sieger den Besiegten, sondern wie ein Reicher den Bittstellern.

Vergiß nie, daß es Athen ist, dem Du Deinen Besuch abstattest, daß es Lakedaimon (Sparta) ist, das Du verwalten darfst.

Dem griechischen Menschen auch noch den letzten Schein, ja den bloßen Namen der Freiheit zu rauben, wäre hart, wäre gewalttätig, wäre barbarisch!“

Nun ich meine, was die Römer zu solcher Meinung über Griechenland veranlaßte, steht auch uns, die wir uns auf Humanität und Bildung sehr viel einbilden, gut zu Gesicht.

Das war meine Antwort auf die Frage, warum wir nach Griechenland reisen.

---

## Neuerscheinung

In der Fachbuchreihe für den Post- und Fernmeldedienst (Herausgeber Präsident a. D. Dipl.-Ing. W. Koropp, Präsident Dr. R. Kießler u. a.) gelangte soeben als Band 47 zur Auslieferung:

OPDir Dr. Lindner

### **Der Postbeförderungsdienst unter besonderer Berücksichtigung des Bahnpostdienstes**

Als Loseblattwerk in haltbarer Ringheftermappe zur späteren Aufnahme von Ergänzungen.

Format: DIN A 5.

Umfang: 320 Seiten mit zahlreichen Abbildungen in vielfach mehrfarbiger Wiedergabe.

**DM 36,-**

Diese Neuerscheinung bringt neben den allgemeinen Vorschriften und der Beschreibung der rechtlichen Grundlagen alles Wissenswerte über diesen umfangreichen Dienstzweig in übersichtlicher und leichtverständlicher Weise. Das Buch enthält eine Zusammenfassung der vielschichtigen Betriebsvorgänge, die für alle im Beförderungsdienst Tätigen die Zusammenhänge erkennen läßt, die zwischen dem Einzelvorgang und der Gesamtaufgabe bestehen. Es ist für die Hand des Bahnpostfahrers und den Betriebpraktiker bestimmt. Dem Unterrichtsbeamten ist damit ein Leitfaden gegeben, der dem Dienstanfänger die nötigen Spezialkenntnisse in diesem Betriebszweig vermitteln hilft. Die Ergänzungslieferungen erscheinen im Bedarfsfalle und halten das Buch damit auf dem jeweils neuesten Stand.

Bestellungen nimmt ab sofort der Verlag entgegen.

**DAMM-VERLAG KG (vorm. E. Herzog & R. Damm) · 3380 Goslar – Postfach 87 – Telefon (0 53 21) 2 36 06**

---